

Titel

# Hin zur Tripolarität im Parteiensystem der Schweiz

EINE ERSTANALYSE DER NATIONALRATS-  
WAHLEN VOM 22. OKTOBER 1995

Projektteam:

Claude Longchamp, Politikwissenschaftler

Petra Huth

Andreas Rickenbacher

Peter Kraut

Andreas Sommer



# Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis	2
1. Einleitung	4
1.1. Die Wahlergebnisse 1995	4
1.2. Die These dieses Berichts	5
1.3. Die Vorgehensweise für diesen Bericht	6
2. Die Ergebnisse der Untersuchung	8
2.1. Mittel- und kurzfristige Trends im Parteiensystem	8
2.2. Die Wahlkampagnen '95	10
2.2.1. Die Präsenz und Bewertung der Parteien in den Printmedien	10
2.2.2. Wahlkampf-Themen und Reaktionsweisen der Parteien	11
2.3. Der Beteiligungsentscheid	14
2.3.1. Zeitliche Veränderungen in der Wahlbeteiligung im Überblick	14
2.3.2. Der Beteiligungsentscheid nach ausgewählten soziologischen Merkmalen	15
2.3.3. Die innere Mobilisierung der Parteien	16
2.3.4. Das Ausmass der brieflichen Stimmabgabe	17
2.4. Der Listenentscheid	19
2.4.1. Die Bedeutung verschiedener Entscheidungskriterien nach Parteiwählerschaften	19
2.4.2. Die soziologische Zusammensetzung spezifischer Parteiwählerschaften im Zeitvergleich	20
2.5. Der Personenentscheid	24
2.5.1. Das Ändern von Parteilisten nach Parteiwählerschaften	24
2.5.2. Die Bedeutung ausgewählter Entscheidungskriterien nach Parteiwählerschaften	25
2.6. Aktuelle Haltungen zum politischen System	26
2.6.1. Haltungen zu den Parteien als solchen	26
2.6.2. Haltungen zur Zusammensetzung des Bundesrats	28
3. Ausblick auf die kommende Legislatur	31
3.1. Fazit zur Tripolarisierung	31
3.2. Mögliche Entwicklungen im rot-grünen Lager	32
3.3. Mögliche Entwicklungen im national-konservativen Lager	32
3.4. Mögliche Entwicklungen im Zentrumslager	33
3.5. Eine denkbare Signifikanz der Wahlen '99	34
Anhang 1: Kurzbeschreibung der verwendeten Instrumente	36
A1.1. SRG-Wahl-Nachbefragung	36
A1.2. Medien-Inhaltsanalyse	36
A1.3. GfS-Parteien-Barometer	37

Anhang 2:	Literaturverzeichnisse	38
A2.1.	Verwendete Unterlagen	38
A2.2.	Weitere Unterlagen des GfS-Forschungsinstituts zu den Nationalratswahlen 1995	39
Anhang 3:	Das Forschungsteam	42

# 1. Einleitung

## 1.1. Die Wahlergebnisse 1995

Die Wahlen 1995 haben in der eher stabilen Parteienlandschaft der Schweiz einige historisch bedeutsame Akzente gesetzt:

- Die Staatsgründerin FDP sackte auf 20,2 Prozent ab und erreicht damit den Tiefstwert seit Einführung des Proporzwahlrechts für die Wahl des Nationalrats. Erstmals seit 1919 ist sie überhaupt nicht mehr die wählerInnen-stärkste Partei der Schweiz.
- Auch die CVP sank mit 17,0 Prozent auf einen historischen Tiefstwert ab. Bis 1987 hatte sie sich stets über der für die Zusammensetzung des Bundesrats magischen 20 Prozent-Marke gehalten; seither verliert sie von Wahl zu Wahl 1 bis 2 Prozentpunkte, womit sie auf den dritten Platz unter den Parteien abgerutscht ist.
- Die SPS war nicht nur die grosse Gewinnerin der jüngsten Parlamentswahl. Der Zuwachs von 3,3 Prozentpunkten im WählerInnen-Anteil repräsentierte einerseits eine erdrutschartige Veränderung in der Parteiengeschichte, welche die Verluste der 80er Jahre kompensiert. Andererseits ist die SPS mit einem GesamtwählerInnen-Anteil von 21,8 Prozent nun die stärkste Partei in der Schweiz.
- Die zweite Siegerin der Wahlen 1995 hiess SVP. Sie verbesserte sich um 3 Prozentpunkte auf 14,9 Prozent, einem Ergebnis, das sie seit den 30er Jahren bei weitem nicht mehr erreicht hatte. Zwar bleibt sie damit weiterhin die kleinste der vier Regierungsparteien, doch schliesst sie bis auf gut 2 Prozentpunkte an die CVP auf.

Historisch ist nicht zuletzt auch der Beteiligungswert an den Parlamentswahlen. Mit 42,3 Prozent ergab sich seit Einführung des Proporz ein Minusrekord. Gegenüber den '91er Wahlen verringerte sich die Teilnahme abermals um 3,7 Prozentpunkte und steht damit ganz im Gegensatz zum seit einigen Jahren steigenden Trend der mittleren Beteiligung an Volksabstimmungen.

**Tabelle 1:**  
**Ergebnisse der Nationalratswahlen vom 22. Oktober 1995**

Merkmal	WählerInnen-Anteil			Anzahl Sitze		
	1995	1991	+/-	1995	1991	+/-
<i>Angaben in Spaltenprozent</i>						
a) <i>Regierungsparteien</i>						
SPS	21,8	18,5	+ 3,3	54	42	+ 12
FDP	20,2	21,0	- 0,8	45	44	+ 1
CVP	17,0	18,3	- 1,3	34	36	- 2
SVP	14,9	11,9	+ 3,0	29	25	+ 4
Zwischentotal	73,9	69,7	+ 8,4	162	147	+ 15
b) <i>Nicht-Regierungsparteien</i>						
Grüne	5,0	6,1	- 1,1	08	14	- 6
FPS	4,0	5,1	- 1,1	07	08	- 1
SD	3,1	3,4	- 0,3	03	05	- 2
LPS	2,7	3,0	- 0,3	07	10	- 3
LdU	1,8	2,8	- 1,0	03	05	- 2
EVP	1,8	1,9	- 0,1	02	03	- 1
PdA	1,2	0,8	- 0,4	03	02	+ 1
Lega	1,1	1,4	- 0,3	01	02	- 1
EDU	1,1	1,0	+ 0,1	01	01	+ 0
FraP	0,4	0,3	+ 0,1	01	01	+ 0
übrige	3,9	4,5	- 0,4	02	02	+ 0
Zwischentotal	26,1	30,3	- 8,4	38	53	- 15
c) <i>Wahlbeteiligung</i>						
Total	42,3	46,0	- 3,7			

Quelle: NZZ, 24.10.1995 (provisorische Wahlergebnisse)

In den Sitzverschiebungen zeigten sich nebst systembedingten Effekten auch einige Zufälligkeiten. So legte die FDP in Sitzen ein Mandat zu, obwohl sie an WählerInnen verlor. Umgekehrt profitierte die SP in einigen Fällen von einem ausgesprochenen Glück. Ihre 12 Sitzgewinne liegen auch deutlich über dem, was aufgrund der WählerInnen-Stärke bzw. -Veränderung erwartet werden konnte.

Alles in allem führten diese Wahlergebnisse zu einer vordergründig paradoxen Situation: Nach den Hoffnungs- bzw. Protestwahlen 1987 resp. 1991, bei denen jeweils das Augenmerk bei den Aussenseiterparteien im grünen oder rechtspopulistischen Spektrum lag, legten die Regierungsparteien 1995 wieder zu. Die wieder erstarkte Verankerung des Regierungslagers in der Wahlbevölkerung muss jedoch als Folge der Stärkung von SVP und SPS als Flügelparteien gesehen werden. Damit erscheint das Regierungsbündnis polarisierter denn je.

## 1.2. Die These dieses Berichts

In der Folge soll das Wahlergebnis 1995 einer ersten statistischen Analyse unterzogen werden. Das Erkenntnisinteresse geht dabei von der These aus, dass sich die traditionelle Spaltung des schweizerischen Parteiensystems in zwei Lager, nämlich in das dominant bürgerliche und das minderheitlich linke, zusehends in ein dreipoliges Parteiensystem umwandelt. Diese wird gekennzeichnet durch

- einen rot-grünen Pol,
- ein bürgerliches Zentrum und
- eine national-konservative Rechte.

Aufgrund der Polarisierung innerhalb des Regierungslagers ist die Herausbildung von drei politischen Kraftzentren charakteristisch für die Wahlen 1995. Vor allem wächst auf der rechten Seite ein Block, der nicht nur gouvernemental, sondern auch ausgesprochen oppositionell politisiert.

Die These der Tripolarität setzt Verschiebungen in den WählerInnen-Bewegungen entlang der oben genannten Scheidelinien voraus. Die Mitte verliert an Anziehungskraft, weil das WählerInnen-Verhalten durch den Wunsch zu einer Grenzziehung dominiert wird. Für die Parteien heisst das, dass sie sich klar in einem der drei Lager positionieren bzw. zur ersten Kraft an je einem der Pole aufsteigen müssen, wenn sie weiterhin erfolgreich Wahlen bestreiten wollen.

Unsere Wahlanalyse versucht, die tripolare Struktur des schweizerischen Parteiensystems bzw. der WählerInnen-Präferenz zu erhellen. Sie kombiniert dabei die Querschnitts- mit der Längsschnittsbetrachtung, um im wesentlichen die nachstehenden Fragen zu klären:

- Welche Tendenzen konnten in der Veränderung der Parteien im voraus, das heisst als mittelfristige Trends, erwartet werden?
- Welche Gewinne oder Verluste müssen in erster Linie als Folge der Kampagne oder als momentane Veränderung interpretiert werden?
- In welchem Masse gelang es den Parteien, diejenigen zum Urnengang zu bewegen, welche der Partei nahe stehen?
- Aufgrund welcher Kriterien entschieden sich die Wählenden für eine Partei oder für bestimmte Personen?
- Welche Konsequenzen ergeben sich durch die WählerInnen-Verschiebungen für die kommende politische Arbeit?

### **1.3. Die Vorgehensweise für diesen Bericht**

Die Studie stützt sich einerseits auf die Wahl-Nachbefragung, welche für die Erstinterpretationen im Fernsehen und Radio organisiert worden ist. In der Befragung vertreten sind 1032 repräsentativ ausgewählte Wahlberechtigte in den drei Sprachregionen, die am Sonntag telefonisch kontaktiert wurden. Diese Befragungsmethode hatte erstens den Vorteil, dass der Wahlgang bereits beendet war. Günstig wirkte sich zudem aus, dass das Endergebnis der Wahl noch nicht bekannt war, sodass Anpassungseffekte an den Sieger weitgehend ausgeschlossen werden konnten.

Die vorliegende Studie stützt sich andererseits auf vier weitere Quellen, welche das GfS-Forschungsinstitut im Zusammenhang mit den Wahlen 1995 angelegt hat:

- die VOX-Analysen der Nationalratswahlen von 1979 bis 1991, die jeweils in Kooperation mit dem politikwissenschaftlichen Institut der Universität Bern entstanden,

- die Trendbefragung zu den Parteien, welche das GfS-Forschungsinstitut seit 1994 realisiert hatte und die wir unter dem Titel "Parteien-Barometer" systematisch aufarbeiten, sowie
- eine neuartige Medien-Inhaltsanalyse zur politischen Berichterstattung, welche hausintern seit Jahresbeginn systematisch erstellt worden war.

Ein detaillierter Methodenbericht mit den wichtigsten Kennzeichen der verschiedensten Studien befindet sich im Anhang dieses Berichts.

Den Bericht verfasste Claude Longchamp zusammen mit Petra Huth. Andreas Rickenbacher und Peter Kraut nahmen die statistischen Analysen vor. Andreas Sommer war an der Redaktion des Schlussberichts beteiligt.

Gedankt sei an dieser Stelle dem SRG-Forschungsdienst, welcher die Wahl-Nachbefragung ermöglichte, aber auch Kurt Schaad von SF DRS, Markus Jedele vom SRG-Forschungsdienst und Beat Demarmels vom Link Institut, welche bei den Vorarbeiten mitwirkten.

## 2. Die Ergebnisse der Untersuchung

### 2.1. Mittel- und kurzfristige Trends im Parteiensystem

Wahlergebnisse sind zum einen das Produkt der mittelfristigen Veränderungen im Parteiensystem und zum anderen der kurzfristigen Wirkungen, die sich sowohl aus dem aktuellen politischen Umfeld bzw. der Wahlkampagne ergeben als auch aus dem veränderten Angebot in der Listenpräsenz.

Eine systematische Durchsicht der Wahlergebnisse seit 1991 auf der kantonalen Ebene zeigt die mittelfristigen Veränderungen im schweizerischen Parteiensystem am besten auf: Dabei ergaben sich drei zentrale Trends:

- Auf der rechten Seite legten vor allem die SVP und die Freiheitspartei (vormals: Autopartei) zu. Sie gewannen zwischen 1991 und 1995 beide rund ein WählerInnen-Prozent.
- Das Zentrum schrumpfte durch WählerInnen-Verluste vor allem bei der CVP (-1,6 Prozent) bzw. dem LdU (-1,0 Prozent) und marginal auch bei der FDP (-0,4 %) zusammen.
- Im rot-grünen Lager zeichnete sich eine Umgruppierung von den Grünen (-0,8 %) zu den Linken (+0,6% für die PDA und +0,2 Prozent für die SPS) ab.

Bei den übrigen Parteien ergeben sich aufgrund der Trends bei kantonalen Wahlen ausschliesslich kleinste Verschiebungen.

Der Vergleich mit den Veränderungen bei den Nationalratswahlen 1995 macht Verstärkungen der genannten Trends deutlich:

- Die SPS gewann nicht nur wenige Promille, sondern gleich 3,3 Prozent hinzu.
- Auch die SVP legte mit 3 Prozent deutlich mehr zu als bei den zurückliegenden kantonalen Parlamentswahlen.
- Im Gegensatz dazu konnte die Freiheitspartei nicht mehr an die Erfolge bei den kantonalen Wahlen anknüpfen und zählte mit einem Rückgang von 1,1 Prozent WählerInnen-Anteil sogar zu den überraschenden VerliererInnen.

Bei allen anderen Parteien stimmen die Veränderungen bei den Nationalratswahlen weitgehend mit den Trends überein, die aufgrund der Verschiebungen bei den kantonalen Wahlen erwartbar waren.

**Tabelle 2:**  
**Erwartete und reale Veränderungen bei den Nationalratswahlen 1995**

<i>Partei</i>	<i>Trend kant. Wahlen 1991-1995</i>	<i>Veränderung NRW 91-95</i>	<i>Abweichung</i>
<i>Angaben in Zeilenprozent</i>			
PdA	+0,6	+0,4	- 0,2
FraP	+0,1	+0,1	+0,0
SPS	+0,2	+3,3	+3,1
Grüne	- 0,8	- 1,1	- 0,3
LdU	- 1,0	- 1,0	+0,0
EVP	+0,0	- 0,1	- 0,1
CVP	- 1,6	- 1,3	+0,3
FDP	- 0,4	- 0,8	- 0,4
LPS	+0,3	- 0,3	+0,6
SVP	+1,0	+3,0	+2,0
FPS	+0,9	- 1,1	- 2,0
EDU	+0,1	+0,0	- 0,1
Lega	+0,2	- 0,3	- 0,5
SD	- 0,2	- 0,3	- 0,5
Mittelwert	--	--	0,7

Quelle: NZZ, 24.10.1995 (provisorische Wahlergebnisse) sowie GfS, Parteien-Barometer (kantonale Trends)

Die mittlere Abweichung zwischen den beiden Trendrechnungen beträgt 7 Promille. Hier interessieren allerdings nur die grössten Abweichungen, weil von kurzfristigen Neuentwicklungen ausgegangen werden muss. Bei der SVP ergibt sich vorab eine Erklärung durch die veränderte Angebotsstruktur in den Kantonen: Gegenüber 1991 trat die Partei in fünf Wahlkreisen neu an, während sie in nur zwei Fällen darauf verzichtet, wie 1991 wiederum Personen für den Nationalrat vorzuschlagen.

**Tabelle 3:**  
**Veränderung der SVP, FPS und SPS aufgrund neuer bzw. wegfallender Listen bei den Nationalratswahlen 1995 gegenüber 1991**

<i>Kanton</i>	<i>Kantonale Gewinne nat. Ebene</i>	<i>Auswirkung</i>
<i>Angaben in Zeilenprozent</i>		
<i>a) SVP</i>		
- Luzern	+13,8	+0,69
- St. Gallen	+ 8,4	+0,50
- Zug	+15,1	+0,23
- Solothurn	+ 6,7	+0,23
- Glarus	- 42,8	- 0,21
- Appenzell Ausserrhoden	+15,1	+0,15
- Genf	- 1,1	- 0,04
<i>Total</i>		+1,55
<i>b) FPS (vormals: Autopartei)</i>		
- Schwyz	+ 2,8	+0,04
- Obwalden	+ 3,8	+0,02
- Basel-Stadt	+ 2,5	+0,08
- Waadt	- 2,5	- 0,21
- Genf	- 3,0	- 0,17
<i>Total</i>		- 0,24
<i>c) SPS</i>		
- Appenzell Ausserrhoden	+15,1	+0,15
<i>Total</i>		+0,15

Quelle: NZZ, 24.10.1995 (provisorische Wahlergebnisse), eigene Umrechnungen auf Basis der Kantonsgrösse

Auf das nationale Wahlergebnis wirkten sich vor allem die Gewinne der SVP in den Kantonen Luzern und St. Gallen nachhaltig positiv aus. Sie verbesserten den gesamtschweizerischen WählerInnen-Anteil jeweils um mindestens ein halbes Prozent. Die SVP profitierte ferner in der Grössenordnung von je 2 Promille von den neu aufgestellten Listen in Solothurn, Zug und Appenzell-Ausserrhoden. Umgekehrt verringerte sich der nationale WählerInnen-Anteil der SVP vor allem durch den Verzicht auf eine Kandidatur in Glarus. Der Wegfall der Genfer Liste war weitgehend bedeutungslos.

Total gewann die SVP durch die veränderte Situation bei der Aufstellung kantonaler Listen rund 1,6 Prozent hinzu. Gut die Hälfte des Wahlerfolges der Partei kann damit durch eine veränderte Angebotsstruktur erklärt werden.

Weder bei SPS noch FPS lassen sich ähnliche Auswirkungen feststellen, was die Veränderungen im kantonalen Angebot betrifft. So verlor die Freiheitspartei durch den Rückzug ihrer Listen in den bevölkerungsreichen Kantonen der Romandie insgesamt zweieinhalb Promille. Bei der SPS ergeben sich aufgrund der Nominierungen in den Kantonen Verschiebungen von 2 Promille in positiver Richtung. Gegenüber 1991 kandidierte sie einzig in Appenzell-Ausserrhoden zusätzlich.

Aufgrund unserer These zu den Kampagnenwirkungen folgern wir, dass die Gewinne in den Wähleranteilen, die weder durch die mittelfristigen Trends noch durch die Veränderungen in der Angebotsstruktur der Listen erklärt werden können, in erster Linie eine Folge der printmedialen Vermittlung von Parteien im Vorfeld der Wahlen sind. Bei der SPS betragen diese Veränderungen rund 3 Prozent, bei der SVP dagegen etwa ein-einhalb Prozent.

## **2.2. Die Wahlkampagnen '95**

### **2.2.1. Die Präsenz und Bewertung der Parteien in den Printmedien**

Die Parteien zeichneten sich gesamthaft durch eine variierende Medienpräsenz aus und erlebten zudem schwankende Aufmerksamkeitsniveaus. Die für diesen Untersuchungsteil herangezogenen monatlichen Mittelwerte ergeben sich aus der durchschnittlichen Intensität der Berichterstattung über Parteien im redaktionellen Teil der wichtigsten Printmedien.

Die SPS war mit rund 12 Prozent aller Artikel auf den Leitseiten am meisten präsent. Allerdings hatte die Partei bis zum Rücktritt von Bundesrat Otto Stich aus der Landesregierung nie auch nur annähernd so hohe Werte erreicht. Ausgehend von diesem Thema kam es im Anschluss jedoch zu einem eigentlichen Höhenflug: Die SPS war in fast der Hälfte der Artikel auf den Leitseiten, die sich mit politischen Fragen beschäftigten, wobei ihre Vertretung in Parlament und Regierung das Hauptthema bildete.

Die zweithöchste Präsenz in den Printmedien erreichte die FDP. Sie war in 9 Prozent der ausgewerteten Artikel zentraler Gegenstand der Darstellung, wobei sie jedoch und somit im Gegensatz zur SPS bereits zwei Mal in der Vorwahlkampf-Phase hoch im medialen Kurs stand: Zuerst bei der Fischbacher-Affäre (Januar) und danach durch den Entscheid der Delegiertenversammlung in der Europa-Frage (April). Mit der Diskussion

rund um die Bundesratswahl konnte auch sie ihre Präsenz in den Printmedien steigern und erreichte während dieser Zeitspanne sogar die höchste Aufmerksamkeit von allen Parteien.

An dritter Stelle in der Medienpräsenz folgt die SVP. Sie war in 8 Prozent der Artikel auf den Leitseiten das hauptsächliche Thema. In der Hauptphase des Wahlkampfes gelang es der Partei mit ihrem Parteitag in Holziken frühzeitig die Aufmerksamkeit auf sich zu lenken. Von der Bundesratswahl konnte sie allerdings nicht in vergleichbarem Masse mitprofitieren wie die FDP, und schliesslich galt das Medieninteresse in der Schlussphase mehr den gewaltgeladenen Umständen der Europa-Demonstration in Zürich als der SVP in direktem Sinne.

Von allen Regierungsparteien hatte die CVP die geringste Präsenz auf den Leitseiten der Printmedien. Ihrer Kampagnenführung gelang es nicht genügend, eigentliche Höhepunkte zu setzen oder die Partei während der intensiven Phasen der Berichterstattung ins Zentrum zu rücken, sodass sie letztlich auch während der Bundesratswahl weit weniger präsent war als etwa die FDP.

Bei SVP und SPS als den Flügelparteien fällt auf, dass beide im Verhältnis zu ihrem bisherigen WählerInnen-Anteil überproportional in den Printmedien präsent waren. Gleichzeitig zeigt sich, dass die CVP, welche von den Regierungsparteien am meisten WählerInnen verlor, auch am wenigsten mediale Aufmerksamkeit erregte. Dies bestätigt unsere bereits angestellte Vermutung, dass ein Teil der Gewinn- und Verlustprozente der Parteien in kausalem Zusammenhang mit ihrer jeweiligen Präsenz in den Medien steht.

Die hohe Korrelation, die bei Sachabstimmungen zwischen dem Parteierfolg und der jeweiligen Bewertung der Partei durch die Medien besteht, hat sich bei den Nationalratswahlen als eindeutig schwächer herausgestellt. Dennoch lässt sich ein Zusammenhang zwischen den Veränderungen der Wähleranteile und der medialen Beurteilung der Parteien mit Blick auf die SPS zumindest teilweise nachweisen. Bedeutsam ist hierbei, dass die Medien über fast alle Parteien vornehmlich distanziert bis kritisch berichten. Jedoch schnitten die Regierungsparteien etwas besser ab als die Aussenseiterparteien, namentlich die Schweizer Demokraten, die Freiheitspartei, die Lega, aber auch die Grünen. Über das ganze Jahr gesehen hatten die Nicht-Regierungsparteien die schlechteste Presse. In der Schlussphase der Kampagne gipfelte dieser Trend in einer besonders negativen Rezeption aller Parteien rechts von der SVP (eine Ausnahme war die EDU). Die Regierungsparteien konnten dagegen in der Schlussphase den Tenor der Berichterstattung etwas verbessern. Allen voran gelang es der SPS, ihr Image über die Ersatzwahl in den Bundesrat deutlich vorteilhafter zu gestalten. Als einzige Partei mit Regierungsverantwortung konnte sie in den letzten sieben Wochen vor der Wahl mehr positive als negative Artikel verzeichnen.

### **2.2.2. *Wahlkampf-Themen und Reaktionsweisen der Parteien***

Dramaturgisch gliederte sich der Wahlkampf '95 in drei Abschnitte: den Vorwahlkampf mit der Suche nach zentralen Themen, die Überlagerung des Parlaments-Wahlkampfes durch die Wahl des Bundesrats und eine Schlussphase, die geprägt war durch die Demonstrationen in Zürich und die anschliessende auffällige Beruhigung der Situation.

Die quantitative Themenanalyse der politischen Berichterstattung im Wahljahr zeigt, dass als Ganzes gesehen die Massenmedien das Verhältnis der Schweiz zum europäischen Integrationsprozess in den Mittelpunkt stellten. In 11 Prozent aller politischen Artikel auf den Leitseiten der Printmedien wurden Fragen der Oeffnung der Schweiz bzw. des EU- oder auch des EWR-Beitritts behandelt. Dabei ergaben sich zwei Höhepunkte: Die Phase des Vorwahlkampfes wurde durch die Entscheidung der FDP-Delegiertenversammlung bzw. die Diskussion über den Inseratstil der SVP dominiert, während der Schlusspunkt durch die Demonstrationen in Zürich ausgelöst und determiniert wurde. Erst ganz am Ende wurde die Europa-Frage in der printmedialen Berichterstattung wieder zurückgedrängt.

An zweiter Stelle folgen in der quantitativen Analyse der Printmedien die Verkehrsfragen. Vor allem die Debatte um die Finanzierung der Neat, gegen Ende aber auch der Bahn 2000, errangen im Verlaufe des Jahres verstärkte Medienaufmerksamkeit. Insgesamt widmeten sich 9 Prozent aller politischen Artikel auf den Leitseiten diesem Bereich.

Rund sieben Prozent nahmen Themen zur sozialen Sicherheit, insbesondere der AHV, ein. In der Vorwahlkampf-Phase waren sie vor allem wegen der Volksabstimmung über die 10. AHV-Revision von Belang; danach verschwand die Thematik fast völlig. Sie wurde zum Teil abgelöst durch Wirtschaftsfragen, wie das Revitalisierungsprogramm und die Arbeitslosenzahlen, die während des Sommers Stoff für Medienberichte lieferten. In 5 Prozent aller Artikel wurde schliesslich das fünfte herausragende Themenfeld der Kampagne behandelt. Durch die überraschende Entscheidung über die Lex Friedrich wurde die Ueberfremdungsfrage ab dem Sommer '95 wieder zum Gegenstand der veröffentlichten Meinung.

Dagegen steht die teilweise unterschiedliche Sicht der Bevölkerung, die während des ganzen Wahljahres wirtschaftsbezogene Fragen im Vordergrund stellte. Dabei stellte die Arbeitslosigkeit eindeutig die zentrale Herausforderung dar; zum Schluss erreichten auch die Bundesfinanzen einen Spitzenwert. Vor allem während der Diskussion über die Besetzung des Finanzdepartements gelang es der bürgerlichen Seite über Inserate dieses Thema aufzufrischen. An dritter Stelle rangierte die Integrationsthematik, gefolgt von der Ueberfremdungsfrage, der sozialen Sicherheit und dem Umweltschutz, wogegen die Verkehrsfragen durchweg ausserhalb des zentralen Bevölkerungsinteresses lagen.

Den Parteien gelang es in sehr unterschiedlichem Masse, die wichtigen Themenfelder der Kampagne zu besetzen. In den Massenmedien waren in erster Linie ihre Stellungnahmen hinsichtlich der Europa-Frage und der sozialen Sicherheit gefragt. Die Wirtschaftsentwicklung wurde nur mässig mit den Parteien in Zusammenhang gebracht, da die Darstellung stärker durch sachliche als durch (partei)politische Strukturen bestimmt war. Dies trifft auch auf die Verkehrs- und Ueberfremdungsfragen zu. Bei diesen Themen bezogen rund zwei Drittel aller Artikel die Parteienstandpunkte gar nicht ein.

Gliedert man die Prioritäten bei der Problemwahrnehmung entsprechend ihrer Rezeption durch die Bevölkerung, bestätigt sich die Dominanz der Finanzpolitik. Für fast alle WählerInnen der verschiedenen politischen Lager avancierte dieses Thema bedeutungsmässig zur Spitze. Für ZentrumswählerInnen, aber auch für die Klientel der SPS schliessen sich die Wirtschaftsthemen und die Integrationsfrage an. Im national-konservativen Lager bestimmte eine Verbindung aus der Europa- und der Ueberfremdungsfrage die Befindlichkeit. Als ganz anders erwies sich die Situation einzig

bei den Grünen, deren Wählerschaft sich prioritär mit der Debatte über den EU-Beitritt beschäftigte und ihn damit sogar vor der Oekologithematik plazierte.

Vergleicht man die Diskursebene des Wahlkampfes mit der Diskussion aus Sicht der Bevölkerung fallen die folgenden Besonderheiten der Wahlen '95 auf:

- Die Europa-Frage bleibt von zentraler Bedeutung; dies gilt sowohl für die Intensität als auch für die Dramaturgie der massenmedialen Berichterstattung und nicht zuletzt weil gerade hier die Parteienstandpunkte am stärksten gefragt waren. Anhand dieser Thematik wird die tripolare Entwicklung des schweizerischen Parteiensystems offensichtlich, wobei von hoher Bedeutung ist, dass gerade die beiden Parteien, die sich in der Europa-Frage am klarsten positioniert hatten, letztendlich den unerwartet hohen Wahlsieg davontrugen.
- Die Finanzpolitik erreichte trotz des hohen Bevölkerungsinteresses nur kurzfristig einen massenmedialen Klimax, der den Parteien nicht die Zeit liess, um eine deutliche Stellung zu beziehen. Darüberhinaus waren die Wirtschafts- und die Sozialfragen durch ein parallel verlaufendes Interesse von Medien und Bürgern gekennzeichnet, während die Parteien auch hier nicht in genügendem Masse sachliche Differenzierungen vornehmen konnten. Da es nach der 10. AHV-Revision kaum noch ein Thema gab, das für Zuspitzung geeignet erschien, handelte es sich bei den genannten mehr um Problemfelder, als um Positionsthemen, mit denen die Parteien die Kampagne hätten gewinnbringend gestalten können.

Alle andern Themen spielten eher eine untergeordnete Rolle, da ihnen entweder die Aufmerksamkeit oder die Polarisierung fehlten. Waren diese jedoch gegeben, sprang wie etwa in der Neat-Frage der Funke kaum auf die Wahlbürgerschaft über.

Wenn man die Europafrage und die mit ihr verbundenen Modernisierungs- und Identitätsaspekte aus der Betrachtung ausschliesst, gelang es demnach den Parteien den politischen Konflikt in Grenzen zu halten. Bezeichnet man diese Wahlkampfstrategie als eine Strategie der Schadensbegrenzung, die vor allem von seiten der Regierenden betrieben wurde, so wirkte sich dies für die Wahlen sowohl vor- wie auch nachteilig aus: Im Gegensatz zum Wahlkampf '91 konnten Emotionalisierungen gegen die Etablierten weitgehend zurückgehalten werden; dafür blieb aber die Mobilisierung unterhalb der bisherigen.

## 2.3. Der Beteiligungsentscheid

### 2.3.1. Zeitliche Veränderungen in der Wahlbeteiligung im Überblick

42,3 Prozent der Wahlberechtigten beteiligten sich 1995 an den Nationalratswahlen. Mit diesem erneuten Tiefststand setzte sich die seit dem zweiten Weltkrieg und insbesondere unter den Bedingungen der parteipolitischen Konkordanz fast ununterbrochen negative Tendenz in der Beteiligung an Parlamentswahlen fort.

**Tabelle 8:**  
Entwicklung der Beteiligung bei den Nationalratswahlen (1959-1995)

Angaben in Spaltenprozent										
Wahlbeteiligung	1959	'63	'67	'71	'75	'79	'83	'87	'91	'95
Teilnehmende		69	66	66	57	52	48	49	47	42

Quelle: BfS, Wahlstatistik

Die detaillierte Analyse nach Kantonen verweist zunächst in den kleinen Wahlkreisen auf die enorme Bedeutung der Ausgangslage bei Wahlen. Wenn in Einer- oder Zweierwahlkreisen weder die Wahl des National- noch des Ständerats spannend sind, ergibt sich mit grosser Regelmässigkeit eine sehr tiefe Beteiligung. 1995 verzeichneten hierbei die Halbkantone Appenzell-Innerrhoden und Glarus Negativ-Rekorde, da sich nur unbestrittene Kandidaten oder Bisherige bewarben. Dagegen ergab sich die grösste Verschiebung in der Beteiligung im Halbkanton Nidwalden. Die Wahlen waren hier

**Tabelle 9:**  
Veränderung der Wahlbeteiligung 1995 gegenüber 1991 nach Kantonen

Kanton	Wahlbeteiligung 1995	1991	+/-
<i>Angaben in Zeilenprozent</i>			
a) <i>Deutschsprachige Schweiz (Kantone sortiert nach Grösse)</i>			
ZH	43	46	- 3
BE	40	46	- 6
AG	42	42	0
SG	41	43	- 2
LU	49	51	- 2
SO	48	56	- 8
BL	41	45	- 4
TG	44	47	- 3
BS	47	45	+ 2
GR	37	38	- 1
SZ	35	41	- 6
SH	64	69	- 5
ZG	44	51	- 7
AR	49	45	+ 4
GL	25	42	- 17
UR	40	35	+ 5
NW	59	24	+25
OW	32	27	+ 5
AI	17	40	- 23

b)	<i>Französischsprachige Schweiz (Kantone sortiert nach Grösse)</i>		
VD	33	37	- 4
GE	36	40	- 4
VS	55	60	- 5
FR	40	45	- 5
NE	32	38	- 6
JU	43	43	0
c)	<i>Italienischsprachige Schweiz (Kantone sortiert nach Grösse)</i>		
TI	53	68	- 15

---

Quelle: NZZ, 24.10.1995 (provisorische Wahlergebnisse); eigene Darstellungsweise

im Vergleich zu 1991 eindeutig offener und führten sogar dazu, dass die Partei wechselte, welche den Volksvertreter stellt. Gesamthaft reduzierte sich die Wahlbeteiligung in der französischsprachigen Schweiz um 4, in der deutschsprachigen Schweiz um 6 Prozent.

Als Neuentwicklung kann dagegen der drastische Fall der Wahlbeteiligung in der italienischsprachigen Schweiz um 15 Prozent gedeutet werden. Hier hatte bisher eine überdurchschnittliche Beteiligung Tradition, wobei der Teilnahmewert 1991 beim ersten Auftreten der Lega noch eine zusätzliche Dynamik erfuhr. Dieses Mal allerdings vermochte das bekannte Phänomen einer Protestbewegung, die sich in die Regierungen integriert, nicht mehr die gleiche Mobilisierung auszulösen.

### **2.3.2. Der Beteiligungsentscheid nach ausgewählten soziologischen Merkmalen**

Auf den ersten Blick bestätigen die aktuellen Ergebnisse der Wahl-Nachbefragung die strukturellen Verzerrungen, die sich aus dem Verhältnis zwischen den einzelnen WählerInnen-Gruppen ergeben. Es gilt, je höher die soziale Stellung ist und je älter die BürgerInnen sind, desto eher nehmen sie an Wahlen teil. Ferner sind die Männer um ein wenig häufiger vertreten als die Frauen.

Im Vergleich zu 1991 sind zwei Aspekte bedeutsam:

In Stadt und Land ergeben sich gegenteilige Tendenzen: In den ländlichen Gebieten nahm die Teilnahme stärker ab, als in anderen Räumen. In den grossen Städten blieb sie demgegenüber sogar weitgehend stabil. Am besten kommen diese gegenläufigen Entwicklungen am Beispiel der Stadt Basel zum Ausdruck. Hier nahm die Beteiligung an den Wahlen entgegen dem allgemeinen Trend sogar um 2 Prozentpunkte zu.

**Tabelle 10:**  
**Veränderung der Wahlbeteiligung 1995 gegenüber der Vorwahl nach ausgewählten soziologischen Merkmalen**

<i>Merkmalsgruppe</i>	<i>Wahlbeteiligung</i>		<i>+/-</i>
<i>Angaben in Spaltenprozent</i>	<i>1995</i>	<i>1991</i>	
<i>a) Sprachregionen</i>			
- italienischsprachige Schweiz	53	68	- 15
- deutschsprachige Schweiz	42	45	- 3
- französischsprachige Schweiz	37	42	- 5
<i>b) Siedlungsart</i>			
- grosse Agglomerationen	41	42	- 1
- mittlere/kleinere Agglomerationen	45	48	- 3
- ländliche Gemeinden	41	50	- 9
<i>c) Geschlecht</i>			
- Männer	49	52	- 3
- Frauen	37	41	- 4
<i>d) Alter</i>			
- 65jährige und ältere	56	52	+ 4
- 40-64jährige	48	54	- 6
- 18-39jährige	32	40	- 8
<i>e) Schulbildung</i>			
- hoch	54	57	- 3
- mittel	45	49	- 4
- tief	34	37	- 3
<i>f) (Haushalts)Einkommen</i>			
- über 9000 bis 5000 CHF/mtl.	56	--	--
- 7000 bis 9000 CHF/mtl.	47	--	--
- 5000 bis 7000 CHF/mtl.	46	--	--
- 3000 bis 5000 CHF/mtl.	34	--	--
- unter 3000 CHF/mtl.	41	--	--

Bemerkung: "--" bedeutet, dass hierzu keine Auswertungen vorliegen  
Quelle: SRG-Wahl-Nachbefragung (1995); VOX-Analyse NRW 1991

Die zweite Besonderheit betrifft die Alterskomposition der Wählenden. Vor allem bei den jüngeren Altersgruppen verzeichnen wir ein stärkeres Nachlassen der Beteiligung an den Wahlen. 1995 nahm gemäss Befragung nur rund ein Drittel der unter 40jährigen an den Wahlen teil. Gegenüber 1991 ist dies ein Rückgang um rund 8 Prozentpunkte. Das Gegenteil zeigt sich bei den RentnerInnen. Sie wählten 1995 sogar stärker, als dies 1991 der Fall war; ihre Partizipation stieg gemäss den Wahl-Nachbefragungen zu beiden Wahlgängen von 52 auf 56 Prozent.

### **2.3.3. Die innere Mobilisierung der Parteien**

Die zentrale Frage bei Wahlanalysen ist selbstredend die, in welchem Masse es den verschiedenen Parteien gelungen ist, ihre WählerInnen-Potentiale zur Teilnahme zu bewegen. Demnach erlebte die CVP die höchste innere Mobilisierung und konnte damit ihren Spitzenplatz aus dem Jahre 1991 erneut behaupten. Mit anderen Worten: Von

den Wahlberechtigten, die wissen, dass sie eine bestimmte Partei wählen wollen, konnte die CVP ihr Potential am besten ausschöpfen. Wenn sie dennoch verlor, deutet dies auf ein Schrumpfen ihrer Anhängerschaft als solcher hin.

Relativ gut gelang die Mobilisierung der Entschiedenen auch bei der SVP, deren Spitzenergebnis nicht zuletzt darauf zurückzuführen ist, dass sie ihre Anhängerschaft in hohem Masse zur Wahlteilnahme bewegen konnte. Wenn es vor allem den Grünen gelang, besser zu mobilisieren als etwa 1991 und diese Partei dennoch Einbussen bei der WählerInnen-Stärken hinnehmen musste, weist dies auf das allgemeine Absinken des Grünen WählerInnen-Potentials unter den Schweizer Wahlberechtigten hin. Gleiches gilt auch für die Freiheitspartei, der es relativ zu 1991 ebenfalls besser gelang, sympathisierende Wahlberechtigte für einen Urnen- oder Postgang zu motivieren.

Eher mässig war hingegen die Mobilisierungskraft der FDP aber auch der SPS. Aus der Tatsache, dass diese Aussage auf die eigentliche Wahlsiegerin zutrifft, lässt sich schliessen, dass es der Partei gelungen sein muss, ihr Potential in den letzten vier Jahren um einiges auszudehnen. Reserven erscheinen bei beiden Parteien noch vorhanden.

**Tabelle 11:**  
**Veränderung der Wahlbeteiligung 1995 gegenüber der Vorwahl nach ausgewählten politischen Merkmalen**

Merkmalsgruppe	Wahlbeteiligung		
	1995	1991	+/-
<i>Angaben in Zeilenprozent</i>			
CVP	70	75	- 5
FDP	62	71	- 9
FPS	63	38	+25
Grüne	67	50	+17
SPS	62	67	- 5
SVP	68	74	- 6

Quelle: SRG-Wahl-Nachbefragung (22. Oktober 1995); VOX-Analyse NRW 1991

#### **2.3.4. Das Ausmass der brieflichen Stimmabgabe**

Ein Novum der Wahlen 1995 war die gesamtschweizerische Möglichkeit zur brieflichen Stimmabgabe.

Von dieser Neuerung machten gemäss der Nachbefragung genau ein Drittel der Wählenden Gebrauch. Damit stieg der Wert mit 33 Prozent gegenüber 13 Prozent im Jahr 1991 zwar deutlich an, erreichte aber dennoch nicht das erwartete Ausmass. Den wichtigsten Grund hierfür bilden regionale Unterschiede. So ist die briefliche Stimmabgabe in der deutschsprachigen Schweiz wesentlich verbreiteter als in der Romandie und insbesondere im Tessin, wo praktisch niemand davon Gebrauch gemacht hat.

Die detaillierte Analyse der Nutzenfrequenz der brieflichen Stimmabgabe weist auf einen quantitativen Überhang in den städtischen Zentren hin. Hier haben rund die Hälfte der Wählenden von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht.

**Tabelle 12:**  
**Arten der Wahlabgabe Nationalratswahlen 1995**

Merkmalsgruppe	Urne	Post kurz zuvor	früh- zeitig
<hr/>			
Anteil in Zeilenprozent			
<hr/>			
Total	67	15	18
<i>a) Sprachregionen</i>			
- deutschsprachige Schweiz	59	18	23
- französischsprachige Schweiz	86	11	03
- italienischsprachige Schweiz	96	03	01
<i>b) Siedlungsart</i>			
- grosse Agglomerationen	54	16	30
- kleine und mittlere Agglomerationen	70	14	16
- Landgemeinden	75	14	11
<i>c) Parteien</i>			
- Grüne	55	16	29
- SPS	71	16	13
- CVP	76	11	13
- FDP	65	12	23
- LPS	59	16	25
- SVP	72	14	14
- FPS	45	24	32
- Keine Partei	57	25	18

Quelle: SRG-Wahl-Nachbefragung (22. Oktober 1995)

Bei den sogenannten Briefwählern lassen sich zwei Typen von Personen unterscheiden: jene, die möglichst rasch, nachdem sie das Wahlmaterial bekommen haben, von ihrem Recht Gebrauch machen, und jene, die sich wie bisher erst am Schluss der Kampagne entscheiden, im Gegensatz zu früher aber nicht mehr an die Urne, sondern zur Post gehen. 18 Prozent der Wählenden stimmten frühzeitig brieflich ab. Von der Grundgesamtheit derer, die brieflich stimmten, sind dies 55 Prozent und damit bleibt das Verhältnis in etwa auf dem Niveau von 1991. Damals stimmten 57 Prozent der brieflich Stimmenden vorzeitig; 43 erst in der Vorwoche des eigentlichen Wahlsonntags.

Die Parteien waren vom Phänomen der brieflichen Stimmabgabe etwas ungleich betroffen: Die CVP-WählerInnen machten am wenigsten von der Neuerung Gebrauch. Sie wählten zu mehr als drei Vierteln die bisherige Form der Wahlzettelabgabe an der Urne. Umgekehrt sind die Verhältnisse besonders bei der Freipartei, die anteilmässig am meisten brieflich Wählende kannte. Rund ein Drittel der WählerInnen erledigte hier die Aufgabe vorzeitig; insgesamt ersetzten mehr als die Hälfte den Urnengang durch den Brief.

## 2.4. Der Listenentscheid

### 2.4.1. Die Bedeutung verschiedener Entscheidungskriterien nach Parteiwählerschaften

Die bisherige Wahlforschung in der Schweiz lehrt, dass der Listenentscheid in der Regel von einem der folgenden fünf Kriterien abhängt:

- der allgemeinen Programmatik einer Partei,
- den Parteistellungnahmen zu aktuellen Sachfragen,
- den sozialen Gruppe(n), für die sich die Partei einsetzt,
- dem politischen Stil der Partei oder
- den Personen, welche die Partei in der Öffentlichkeit repräsentieren,

Ein Vergleich der einzelnen Kriterien hinsichtlich ihrer Bedeutung für den Wahlentscheid zeigt folgende Prioritäten im schweizerischen Elektorat auf:

**Tabelle 13:**  
Überblick über die Bedeutung verschiedener Entscheidungskriterien 1995 und 1994

Ansatz	1995 Okt.	1994 Nov.
Person	30	33
Weltanschauung	23	19
Themen	19	16
Stil	12	12
Gruppen/Milieu	09	11
anderes	06	12
unentschieden	01	02

Quellen: SRG-Wahl-Nachbefragung (22.10.1995) sowie GfS, Standard-Erhebung (Nov. 1994)

- Die meisten Wählenden haben sich anhand der vorgeschlagenen Personen für die eine oder andere Partei entschieden. Dieser Anteil betrug bei den diesjährigen Wahlen genau 30 Prozent.
- Zweitens folgt die allgemeine Programmatik als wichtigstes Kriterium für 23 Prozent der Wähler.
- An dritter Stelle folgt mit einer Nennhäufigkeit von 19 Prozent die Stellungnahme der Parteien zu den aktuellen Wahlkampf-Themen als Kriterium.
- 12 Prozent der Teilnehmenden entschieden sich in erster Linie aufgrund des Stil der Parteien und
- für 9 Prozent waren die vertretenen gesellschaftlichen Gruppen ausschlaggebend.

Die Wahlen 1995 waren demnach nur beschränkt durch das Kriterium bestimmt, das namentlich den Wahlkampf prägte. Die reine Personalisierung ist eine Strategie, die vor allem bei jenen BürgerInnen bedeutungsvoll ist, die sich mit den Parteien und ihrem

Personal gut auskennen. Für die anderen bleiben die typischen Kriterien der allgemeinen Parteiidentifikation entscheidend.

Der Personenaspekt spielt selbstredend auch bei jenen eine herausragende Rolle, die sich für gar keine Partei entschieden haben, sondern mit der Liste ohne Parteizeichnung einzig noch Personen unterstützen. Die Orientierung an Persönlichkeiten ist schliesslich auch bei den bürgerlichen Zentrumsparteien massgeblich für die Parteienidentifikation. Beide Parteien sind in höchstem Masse von ihren Repräsentanten abhängig. Für die CVP votierten 43 Prozent der Wählenden in erster Linie, weil sie sich mit den Personen an der Spitze, in den Printmedien oder vor Ort identifizierten. Es folgen die FDP-WählerInnen mit 35 Prozent.

An den beiden Flügeln rückt die Orientierung am Parteiprogramm in den Vordergrund. Die SPS wie auch die SVP zeichnen sich dadurch aus, dass sich rund 3 von 10 Wählenden in erster Linie aus weltanschaulichen Gründen für sie entschieden. Nur bei den kleinen Parteien ausserhalb der Regierungsverantwortung ist der Anteil derjenigen, die sich qua Weltanschauung orientieren mit rund 4 von 10 Befragten noch höher. Darüberhinaus sind bei den Flügelparteien ebenso wie für die Aussenseitergruppierungen die jeweiligen Positionsbezüge in Sachfragen von Belang.

**Tabelle 14:**  
**Bedeutung der fünf Identifikationsansätze nach Parteiwählerschaften (Okt. 1995)**

Ansatz Angaben in Spaltenprozente	Grüne	SPS	CVP	FDP	SVP	FPS	Keine
Person	13	20	43	35	27	01	47
Programm	45	26	14	18	36	36	10
Themen	20	24	13	18	21	40	08
Stil	11	13	12	13	09	16	06
Gruppen/Milieu	05	09	12	10	05	00	01
anderes	06	08	06	06	02	07	28

Quelle: SRG-Wahlnachbefragung (22.10.1995)

#### **2.4.2. Die soziologische Zusammensetzung spezifischer Parteiwählerschaften im Zeitvergleich**

Die soziologische Analyse der Wählerschaften konzentriert sich in der Folge vor allem auf jene Gruppierungen, bei denen sich auffällige Veränderungen in der WählerInnen-Stärke ergaben. Die Freiheitspartei, die ebenfalls in diesen Kontext gehört, wird wegen der geringen Fallzahl in der Befragung weggelassen.

##### **a) Sozialdemokratische Partei**

Bei der Sozialdemokratischen Partei fällt zunächst die hohe Bedeutung der neuen Mittelschichten in der Wählerschaft auf. Genau die Hälfte aller Stimmen, welche die SPS 1995 erhalten hatte, stammt aus Bevölkerungsschichten, deren monatliches Einkommen zwischen 5000 und 9000 CHF beträgt. Bei den Top-VerdienerInnen hat die SPS indes-

sen weiterhin Mühe, Anerkennung zu finden. Bei den Wählergruppen an beiden Enden der Einkommensskala bleibt die SPS unterdurchschnittlich stark vertreten.

Der Aspekt der neuen Mittelschichten zeigt sich auch beim bildungsmässigen Hintergrund der heutigen SPS-Wählerschaft. Mittlerweile verfügt ein Drittel aller Wählenden der Sozialdemokratischen Partei über eine weiterführende Bildung auf mindestens gymnasialem Niveau. Nur noch eine(r) von acht, der/die bei den Nationalratswahlen 1995 die SPS unterstützte, verliess die Schule nach der obligatorischen Zeit endgültig. Vor allem im zeitlichen Vergleich wird die Veränderung in der Zusammensetzung der SP-Wählerschaft deutlich: Noch vor 8 Jahren waren die AbsolventInnen der obligatorischen Schulen zahlreicher als jene, die wenigstens ein Gymnasium besucht haben.

**Tabelle 15:**  
**Soziologisches Profil der Wählerschaft der Sozialdemokratischen Partei 1995 und im zeitlichen Vergleich**

Merkmalsgruppe	Nationalratswahlen			
	'95	'91	'87	'83
<i>Angaben in Spaltenprozent</i>				
<i>a) Siedlungsart</i>				
- grosse Agglomerationen	35	43	46	--
- mittlere/kleine Agglomerationen	37	27	28	--
- Landgemeinden	28	30	26	--
<i>b) Geschlecht</i>				
- Männer	55	52	55	60
- Frauen	45	48	45	40
<i>c) Alter</i>				
- 18-39jährige	37	39	35	37
- 40-65jährige	53	48	36	41
- 65jährige und ältere	10	13	29	22
<i>d) Schulbildung</i>				
- hoch	31	25	24	--
- mittel	57	62	51	--
- tief	12	13	25	--
<i>e) (Haushalts)Einkommen</i>				
- über 9000 CHF/mtl.	10	--	--	--
- 7000 bis 9000 CHF/mtl.	20	--	--	--
- 5000 bis 7000 CHF/mtl.	30	--	--	--
- 3000 bis 5000 CHF/mtl.	24	--	--	--
- unter 3000 CHF/mtl.	10	--	--	--
- ohne Angabe	06	--	--	--

Bemerkung: "--" bedeutet, dass hierzu keine Auswertungen vorliegen  
Quelle: SRG-Wahl-Nachbefragung (22. Oktober 1995)

Der Trend zur Verjüngung der SPS-Gesamtwählerschaft setzte sich auch 1995 fort, wozu vor allem auch die abnehmende Verankerung der Partei in der Gruppe der RentnerInnen beitrug: Machten diese 1987 noch rund ein Viertel aus, reduzierte sich der Anteil zwischenzeitlich auf ein Zehntel. Dagegen ist der Anteil derjenigen Wähler aus der Altersgruppe zwischen 40 und 65 Jahren wieder etwas angestiegen. Darin drückt sich das allmähliche Altern der Generation aus, welche über die 68er Bewegung zur SPS gestossen und dieser danach weitgehend treu geblieben ist. Praktisch stabil ist der Anteil der unter 40jährigen, den die SPS von Wahl zu Wahl für sich gewinnen kann.

Von Bedeutung ist zudem, dass 1995 der Anteil Männer, der SPS gewählt hat, wieder etwas angestiegen ist, indem von 100 SP-Wählenden wieder 55 Männer und 45 Frauen sind. Vor vier Jahren betrug das Verhältnis 52 zu 48, woraus sich schliessen lässt, dass die SPS 1995 bei der männlichen Wählerschaft relativ mehr Anklang gefunden hat als bei den Wählerinnen.

Schliesslich zeigt unsere Übersicht sowohl aktuell als auch im Zeitvergleich, dass die SPS eine typische Partei der agglomerierten Gebiete ist. Nur 28 von 100 Stimmen kommen gegenwärtig aus den Landgemeinden; dabei ist die Tendenz sogar noch leicht sinkend.

### ***b) Schweizerische Volkspartei***

Auch bei der Schweizerischen Volkspartei verschwinden die einstmal charakteristischen Kennzeichen ihrer WählerInnen-Struktur immer mehr. Die klassische Volkspartei mit starker Verankerung beim ländlich Mittelstand und in der männlichen Bevölkerung mutiert zusehends zu einem Konglomerat verschiedenartigster WählerInnen-Segmente.

Relativ gesehen wächst die SVP in den agglomerierten Gebieten schneller als auf dem Land. Wenn sie 1995 auch in einigen ländlichen Regionen stärker geworden ist, darf nicht übersehen werden, dass sie sich insgesamt zusehends in Richtung mittlere und kleinere Agglomerationen bewegt, worauf ihre Verbreitung im Mittelland und im östlichen Teil der Schweiz hinweist.

Fast 70 Prozent der SVP-Wählerschaft verdient 1995 zwischen 3000 und 5000 Schweizer Franken. Damit ist die Partei in diesem WählerInnen-Segment besser vertreten als etwa die Sozialdemokratische Partei; bei den KleinstverdienerInnen schwindet dieser Vorsprung allerdings wieder: Wer weniger als 3000 CHF monatlich verdient, ist bei der SPS zahlreicher vertreten als bei der SVP. Zudem fällt die SVP-Wählerschaft durch eine andere Besonderheit auf: Ihre Verankerung ist bei den Reichsten in der Schweiz stärker als jene der SPS.

Angewachsen ist 1995 auch die Verbreitung der SVP-Wählerschaft bei den AbsolventInnen einer weiterführenden höheren Schulbildung. War diese Partei gerade bei dieser Gruppe zu Beginn der 90er Jahre relativ verpönt, wächst nun der Anteil derjenigen, die ein Gymnasium oder eine Hochschule absolviert haben und die SVP wählen, auffällig an.

**Tabelle 16:**  
**Soziologisches Profil der Wählerschaft der Schweizerischen Volkspartei 1995 und im zeitlichen Vergleich**

Merkmalsgruppe	Nationalratswahlen			
	1995	1991	1987	1983
<i>Angaben in Spaltenprozent</i>				
<i>a) Siedlungsart</i>				
- grosse Agglomeration	18	23	16	--
- mittlere/kleine Agglomer.	49	20	24	--
- Landgemeinden	33	58	60	--
<i>b) Geschlecht</i>				
- Männer	51	53	56	70
- Frauen	49	47	44	28
<i>c) Alter</i>				
- 18-39jährige	32	36	33	31
- 40- 65jährige	46	48	54	54
- 65jährige und ältere	23	16	13	15
<i>d) Schulbildung</i>				
- hoch	29	13	24	--
- mittel	57	74	50	--
- tief	13	13	26	--
<i>e) (Haushalts)Einkommen</i>				
- über 9000 CHF/mtl.	16	--	--	--
- 7000 bis 9000 CHF/mtl.	02	--	--	--
- 5000 bis 7000 CHF/mtl.	39	--	--	--
- 3000 bis 5000 CHF/mtl.	30	--	--	--
- unter 3000 CHF/mtl.	08	--	--	--
- ohne Angabe	05	--	--	--

Bemerkung: "--" bedeutet, dass hierzu keine Auswertungen vorliegen  
Quelle: SRG-Wahl-Nachbefragung (22. Oktober 1995)

Stark zugelegt hat die Partei darüberhinaus namentlich bei den RentnerInnen. Deren relativer Anteil an den SVP-Wählern ist innert vier Jahren von 16 auf 23 Prozent angestiegen. Bezieht man das Wachstum der Partei als Ganzes mitein, heisst dies, dass die Zahl der über 65jährigen, die 1995 SVP gewählt haben, sich gegenüber 1991 verdoppelt hat.

Eine bemerkenswerte Veränderung ergibt sich aber bei der Zusammensetzung nach Geschlechtern. War die SVP bis zu Beginn der 80er Jahre eine weitgehend von Männern getragene Partei, hat sie seither vor allem bei Frauen deutlich zugelegt. Heute ist die Zahl der weiblichen Wähler praktisch an jene der Männer herangerückt. Zwei Gründe lassen sich hierfür nennen: Nach der Einführung des Frauenstimm- und -wahlrechts gelang die Ausdehnung der Partei auf Frauen nur langsamer als bei den anderen Parteien; mittlerweile wird dies nachgeholt. Andererseits ergibt sich durch die Verlagerung der WählerInnen-Struktur hin zu den älteren BürgerInnen eine Verschiebung zu den hier überproportional vertreten Frauen.

## 2.5. Der Personenentscheid

### 2.5.1. Das Ändern von Parteilisten nach Parteiwählerschaften

Bei schweizerischen Parlamentswahlen wird nicht nur über eine oder mehrere Parteien entschieden. Die vielfältigen Möglichkeiten der Listenänderungen durch die Wählenden lässt es auch zu, gezielt Vorlieben bezüglich der Personen zu äussern, die als VolksvertreterInnen amtieren sollen.

Bei den Änderungsoptionen sind zwei Formen besonders zu differenzieren: Das Streichen und Kumulieren wirkt sich für die Parteien neutral aus; es hat ausschliesslich Einfluss auf die Kandidaturen. Grösser sind die Konsequenzen hingegen beim Panaschieren: Damit werden nicht nur parteifremde Bewerbungen proportional zum Anteil, mit dem sie auf der Liste einer anderen Partei auftauchen, gefördert, sie nehmen ihr auch Stimmen weg. Gemäss der Wahl-Nachbefragung haben 71 Prozent der Wählenden die von ihnen ausgewählte Liste geändert. Damit wäre der Anteil, derjenigen die Listen nach eigenen Gesichtspunkten zusammengestellt haben, gegenüber 1991 nochmals grösser geworden. Damals nahmen gemäss offizieller Wahlstatistik 62 Prozent wenigstens eine Änderung an den Parteilisten vor.

**Tabelle 17:**  
**Änderung von Listen nach ausgewählten Wählerschaften Okt. 1995**

<i>Form der Änderung</i>	<i>Total</i>	<i>Grüne</i>	<i>SPS</i>	<i>CVP</i>	<i>FDP</i>	<i>SVP</i>	<i>FPS</i>	<i>Keine</i>
	<i>Angaben in Spaltenprozent</i>							
Total	71	54	72	80	72	71	45	100
streichen	47	24	51	55	60	37	37	--
kumulieren	56	35	54	69	59	58	24	45
panaschieren	48	38	50	53	45	55	25	55

Quelle: SRG-Wahl-Nachbefragung (22.10.1995)

Das Ändern von Parteilisten ist nicht nur ein häufiges, sondern politisch gesehen allgemeines Phänomen geworden. Die Wahl-Nachbefragung ergab, dass rund die Hälfte der gesamten Wählerschaft aller Regierungsparteien panaschiert hat, wobei die Wähler der CVP dadurch herausstachen, dass sie von allen Formen am meisten Gebrauch gemacht haben: 81 Prozent haben gestrichen, kumuliert oder panaschiert. Aber auch bei der SVP, deren Wählerschaft sich im Vergleich zu anderen Regierungsparteien am wenigsten geändert hat, beträgt der Wert mittlerweile 71 Prozent. Obwohl die grossen Parteien weiterhin die Mehrheit der WählerInnen an sich binden können, verweist dieses Verhalten auf gleichzeitig bestehende beträchtliche Präferenzen für andere Parteien.

Dagegen sacken bei den Nicht-Regierungsparteien die Panaschierwerte auf ein Viertel bis ein Drittel der WählerInnen ab. Dies bestätigt die Annahme, dass die Wahl einer kleinen Nicht-Regierungspartei vornehmlich Ausdruck einer prinzipiellen oder thematischen Unterstützung ist, wobei bedeutsam ist, dass auch die Wählerklientel von Aussenseiterparteien beim Ändern von Parteilisten unter dem Durchschnitt liegt.

## 2.5.2. Die Bedeutung ausgewählter Entscheidungskriterien nach Parteiwählerschaften

Drei der denkbaren äusseren Personenkriterien stechen heraus: Es ist dies die bewusste Förderung von jüngeren VolksvertreterInnen, von Frauen und von UnternehmerInnen. Dagegen war es beispielsweise nur für kleine Minderheiten der Wählenden wichtig, im kommenden Parlament mehr SportlerInnen oder TV-Stars zu haben, wie die mässigen Erfolge exemplarischer Bewerbungen aus diesen Bereichen zeigen.

**Tabelle 18:**  
Ausgewählte Prioritäten bei der Personenselektion Okt. 1995

Ausgewählte Kriterien	Total Angaben	Grüne Zeilenprozenten	SPS	CVP	FDP	SVP	FPS	Keine
mehr Junge	48	65	62	46	41	26	51	45
mehr Frauen	36	59	61	28	20	17	04	35
mehr Unternehmer	30	05	17	44	42	32	37	22
mehr Sportler	06	03	05	09	05	06	00	03
mehr TV-Stars	03	03	01	08	01	03	00	02

Quelle: SRG-Wahl-Nachbefragung (22.10.1995)

Mit 43 Prozent unterstützen ein wenig mehr weibliche als männliche WählerInnen Frauen als Kandidatinnen. Aber auch 30 Prozent der Männer bekunden ihr Interesse, mehr von Frauen im Parlament vertreten zu werden. Bei der Förderung junger Parlamentsmitglieder ergibt sich hingegen kein auffälliger Zusammenhang mit dem Alter der Wählenden. In allen Altersklassen sind die Unterstützungswerte gleich gross; dies mag auch damit zusammenhängen, das "jung" ein stark subjektiv definierter Begriff ist.

Von Bedeutung ist indessen die Verteilung prioritärer Selektionskriterien in den verschiedenen Parteilagern.

- Im rot/grünen Lager steht die verstärkte Präsenz von jüngeren und weiblichen VertreterInnen eindeutig im Vordergrund. Rund 3 von 5 Personen, die Grüne oder SP gewählt haben, haben gemäss Nachbefragung beim Personenentscheid darauf geachtet.
- Im bürgerlichen Zentrums Lager spielte die Förderung von Unternehmern die herausragende Rolle; dabei unterscheiden sich die Wählerschaften der FDP und CVP praktisch überhaupt nicht. Ähnlich hoch bewertet wird die bewusste Unterstützung von jüngeren Bewerbungen. Dagegen haben nur rund ein Viertel ihren Willen bekundet, mehr Frauen ins Parlament zu bringen.
- Bei der SVP schliesslich ergibt sich die gleiche Prioritätensetzung wie beim bürgerlichen Zentrum. Allerdings sind die Anteile derjenigen durchwegs geringer, die bei ihrer Entscheidung eines der genannten Kriterien in Betracht gezogen haben. Auffällig ist, dass die Unterstützung für Frauen nur für 17 Prozent ein Thema beim Personenentscheid war, obwohl, wie zuvor bereits angesprochen, mittlerweile 48 Prozent der SVP-Wählerschaft aus Frauen besteht. Die Wählenden der Freiheitspartei fallen insofern auf, als sie vor allem jüngeren Kandidaturen zum Durchbruch verhelfen wollten.

Insgesamt führten diese Prioritäten dazu, dass der Frauenanteil bei den Nationalratswahlen 1995 von 17 auf 21,5 Prozent angestiegen ist. Er veränderte sich parallel zum KandidatInnen-Anteil, der mittlerweile bei 34 Prozent liegt. Dabei darf nicht übersehen werden, dass die Unterschiede zwischen den Parteien beträchtlich bleiben: Im wesentlichen ist der Durchbruch der Frauen erst im rot/grünen Lager geglückt, denn mehr als die Hälfte aller Nationalrätinnen stammt aus diesem Bereich des politischen Spektrums.

Da der Anteil der bewusst Frauenförderung betreibenden Wähler hier sogar weitaus höher ist, als die Anzahl weiblicher SPS - oder Grünen - WählerInnen drängt sich die Schlussfolgerung auf, dass die Männer des rot-grünen Lagers ebenfalls zu einem beträchtlichen Teil weibliche Kandidaten unterstützen.

## **2.6. Aktuelle Haltungen zum politischen System**

In einem abschliessenden Kapitel seien die möglichen Konsequenzen der zurückliegenden Nationalratswahlen auf das politische System kurz dargestellt. Dabei wird zwischen zentralen Folgen für die Parteien einerseits und die Regierung anderseits unterschieden.

### **2.6.1. Haltungen zu den Parteien als solchen**

Die Parteien in der Schweiz werden nach der jüngsten Wahl nicht als solche in Frage gestellt. Gewünscht werden aber kommunikativere Parteien, die sich thematisch klarer positionieren. So lässt sich das Fazit der Wahl-Nachbefragung mit Blick auf mögliche Konsequenzen für das Parteiensystem zusammenfassen.

Ihre Legitimation ziehen die Parteien weiterhin daraus, dass sie von weiten Teilen der Bevölkerung als Kernbestandteil einer funktionsfähigen Demokratie wahrgenommen werden. Rund 7 von 10 Wahlberechtigten unterstützen diese Forderung. Nur gerade 2 sind umgekehrt der Meinung, dass wir eigentlich gar keine Parteien mehr bräuchten. Im Zeitverlauf sind diese Grössenordnungen praktisch stabil geblieben.

**Tabelle 19:**  
**Übersicht über ausgewählte Haltungen der BürgerInnen zu den Parteien (1988-1995)**

<i>Haltung</i>		1995	1991	1988
<i>Angaben in Spaltenprozenten</i>				
<i>a) Parteien prinzipiell</i>				
"Ohne die Parteien würde in der Demokratie vieles nicht mehr funktionieren."	I	73	66	66
	II	07	09	08
	III	20	25	28
"Wir brauchen gar keine Parteien mehr."	I	20	13	12
	II	02	08	07
	III	78	79	81
<i>b) Vermittlungsleistungen</i>				
"Die Parteien helfen den Bürgern und Bürgerinnen, die Politik von Regierung und Parlament besser zu verstehen."	I	54	49	62
	II	04	07	07
	III	42	44	31
"Die Parteien zeigen der Regierung und dem Parlament die Meinung der Bevölkerung auf."	I	59	51	54
	II	05	08	09
	III	36	41	37
<i>c) BürgerInnen-Ansprache</i>				
"Die Parteien geben keine klaren Antworten auf die aktuellen politischen Probleme."	I	66	56	34
	II	05	08	10
	III	29	36	56
"Die Parteien sind nur an den Stimmen der Wahlberechtigten interessiert, ihre Ansichten interessieren sie nicht."	I	52	58	46
	II	06	07	10
	III	42	35	44

*Erläuterung:* I = sehr und eher einverstanden; II = unentschieden; III = überhaupt und eher nicht einverstanden.  
*Quelle:* SRG-Wahl-Nachbefragung (22.10.1995); GfS, Parteien-Barometer (1988-1991)

Weitaus kritischer wird die Transformationsleistung der Parteien zwischen Behörden und Bevölkerung beurteilt. Allerdings urteilen immer noch 59 Prozent, dass die Parteien der Regierung und dem Parlament die Meinungen der Bevölkerung aufzeigen. 54 Prozent stimmen der Ansicht zu, dass die Parteien den BürgerInnen helfen, die Politik von Legislative und Exekutive besser zu verstehen. Auch hier gilt, dass sich die Beurteilung in den letzten 8 Jahren nicht verschlechtert hat.

Ein gewisser Zynismus gegenüber den Parteien macht sich vor allem bei jener ganz knappen Mehrheit breit, für welche die Parteien einzig noch an den Stimmen der Wahlberechtigten, nicht mehr aber an deren Ansichten interessiert sind. Deutlicher noch werden die Vorwürfe vor allem bei der Orientierungsfunktion: Zwei Drittel der Wahlberechtigten glauben schlicht nicht, dass die Parteien in der Lage sind, klare Antworten auf aktuelle politische Probleme zu geben. Hier wird der Wandel im Verhältnis der BürgerInnen zu den Parteien am deutlichsten. Nach den Wahlen '87 war es nur ein Drittel der WählerInnen, welches die Parteien in dieser Richtung kritisierte; 1991 war es erstmals eine Mehrheit, die seither nochmals um rund 10 Prozentpunkte angestiegen ist.

**Tabelle 20:**  
**Kritik der Konturenlosigkeit nach Parteiwählerschaften 1995**

<i>keine klaren Antworten</i>	<i>Total Anteil in Spaltenprozent</i>	<i>Grüne</i>	<i>SPS</i>	<i>CVP</i>	<i>FDP</i>	<i>SVP</i>	<i>FPS</i>	<i>Keine</i>
sehr/eher einverst. unentschieden überhaupt/eher nicht einverst.	66 05 29	60 00 40	61 04 35	64 06 30	64 06 30	62 02 36	92 00 8	73 11 16

Quelle: SRG-Wahl-Nachbefragung (22. Oktober 1995)

Der Eindruck, durch die Parteien keine Orientierungshilfe mehr zu bekommen, ist nicht nur zu einer Mehrheitsempfindung geworden, die sich zwischenzeitlich in allen politischen Lagern orten lässt. Bei der Basis der FPS und jenen, die keine Parteiliste mehr wählten, ist der Anteil der von den Parteien in dieser Hinsicht Enttäuschten sogar noch etwas höher.

### **2.6.2. Haltungen zur Zusammensetzung des Bundesrats**

Nach dem gescheiterten Versuch, bei der Ersatzwahl für den zurückgetretenen Bundesrat Otto Stich die "Zauberformel" zu sprengen, wird die seit 36 Jahren dominante Richtschnur für die parteipolitische Zusammensetzung des Bundesrats nicht mehr offen in Frage gestellt. Die Rochade bei der Departementsverteilung hat sich in der Folge dämpfend auf zentrifugale Tendenzen dieser Art ausgewirkt. Immerhin ergibt sich aber mit der Gesamterneuerungswahl des Bundesrats zu Beginn der neuen Legislaturperiode eine weitere Möglichkeit, die Zusammensetzung der schweizerischen Landesregierung zu thematisieren.

Aktuell unterstützen 62 Prozent der Bürger, die sich am 22. Oktober an den Wahlen beteiligt haben, die jetzige Art der Zusammensetzung des Bundesrates. Dies ist eine Mehrheit, die sich auch nicht verändert hätte, wenn alle Wahlberechtigten zur Urne gegangen wären. Dennoch lässt sich seit der vorletzten Wahl in den Nationalrat ein gewisser Rückgang dieser Unterstützung festhalten. Auch wenn die diesen Themenkreis betreffende Fragestellung 1991 nicht genau identisch lautete, ergibt sich doch mit einer Verschiebung von 9 Prozent ein eindeutig rückgängiger Trend.

**Tabelle 21:**  
**Unterstützung der Zauberformel nach Parteien 1995 und 1991 im Vergleich**

<i>Anteil für Zauberformel</i>	<i>Total Anteil in Spaltenprozenten</i>	<i>Grüne</i>	<i>SPS</i>	<i>CVP</i>	<i>FDP</i>	<i>SVP</i>	<i>FPS</i>
a) 1995	62	60	70	72	57	48	49
b) 1991	69	65	62	78	74	87	52
c) Differenz	- 7	- 5	+ 8	- 6	- 17	- 39	- 4

Quelle: SRG-Wahl-Nachbefragung (22. Oktober 1995)

Die Entwicklung der Haltungen zur Zauberformel kennt eindeutig auch zeittypische Elemente:

- So steigt die Unterstützung vor allem bei den sozialdemokratischen WählerInnen. Nachdem der für sie relevante Erneuerungsprozess abgeschlossen ist und zwei starke Figuren in den Bundesrat Einsitz genommen haben, erscheint ihnen die Zauberformel nicht mehr suspekt wie in den 70er oder 80er Jahren. Die veränderte SP-Wählerschaft ist heute zu 70 Prozent für die Zauberformel, dies entspricht einer Zunahme dieser Meinung von rund 8 Prozent innert vier Jahren. Ein paralleler Trend lässt sich auch bei den Grünen nachweisen.
- Übertroffen wird die Befürwortung der Zauberformel im rot/grünen Lager gegenwärtig nur noch von den WählerInnen der CVP. Für 72 Prozent von ihnen steht der derzeitige Schlüssel zur Regierungsbildung in der Schweiz auch inskünftig nicht zur Diskussion. Bei der FDP-Wählerschaft zeichnen sich dagegen gewisse Veränderungen ab: Zwar sind auch sie weiterhin mehrheitlich für die Zauberformel; aber immerhin ergibt sich im Vergleich zu 1991 ein bemerkenswerter Rückgang dieser Einstellung von rund 17 Prozent.
- Drastisch sind die Veränderungen vor allem bei der Wählerschaft der SVP. Diese stützte 1991 die Zauberformel am stärksten. Fast unisono äusserten sich die damaligen WählerInnen zugunsten der 2:2:2:1-Verteilung. Mittlerweile hat jedoch die Ablehnung der Zauberformel um 39 Prozentpunkte zugenommen, sodass diese an der neuen SVP-Basis nur noch von einer Minderheit unterstützt wird. Damit sind kaum noch Unterschiede zur Freiheitspartei erkennbar, in welcher die jetzige Regierungszusammensetzung gleichfalls für eine Mehrheit der WählerInnen ihren Zauber verloren hat.

**Tabelle 22:**  
**Bevorzugte Zusammensetzung des Bundesrats bei Ablehnung der jetzigen Zauberformel (Okt. 1995)**

<i>Variante</i>	<i>Total</i>	<i>Grüne</i>	<i>SPS</i>	<i>CVP</i>	<i>FDP</i>	<i>SVP</i>	<i>FPS</i>
<i>Angaben in Spaltenprozenten</i>							
Mitte/Rechts (mit FPS statt SPS)	29	00	01	16	26	81	77
Mitte/Links (mit Grünen statt SVP)	25	100	66	10	08	05	00
Wie bisher, aber mit LPS statt SVP	20	00	21	30	37	00	23
anderes	14	00	06	23	21	03	00
keine Meinung	12	00	07	21	09	10	00

Quelle: SRG-Wahl-Nachbefragung (22. Oktober 1995)

Selbst wenn die Wahlen 1995 Spekulationen über eine Neuausrichtung des Bundesrates die Legitimation weitgehend entzogen haben, ist es mit Blick auf kommende Schwerpunktsetzungen von zentralem Interesse, in welche Richtung die Unzufriedenheit der Wähler kanalisiert werden könnte. Als wichtigstes Fazit aus unserer Fragestellung zu diesem Bereich folgt, dass sich kaum klare Präferenzen abzeichnen. Aktuell

ergibt sich ein leichter Vorteil für eine Mitte/Rechts-Regierung ohne die SPS. Ausgehend von der oben skizzierten Verteilung der aktuellen Unzufriedenheit erstaunt dies nicht weiter. Bestätigung findet das Ergebnis auch in der Gliederung nach Parteilagern. Wer nichts mehr von der Zauberformel hält und 1995 die SVP gewählt hat, befürwortet eine neue Regierung bestehend aus FDP, CVP, SVP und FPS gar zu 81 Prozent. Damit ist der Wert höher als der der Unzufriedenen in der Freiheitspartei, die zu 77 Prozent für eine derartige Neuausrichtung des Bundesrats sind.

Die zweitstärkste Unterstützung findet eine "Reformierung" des Bundesrats in Richtung rot-grünes Lager: Ein Viertel der Gegnerschaft der jetzigen Regierungszusammensetzung würde es vorziehen, wenn die SVP durch die Grünen ersetzt würde. Bei diesen selbst ist die Unterstützung dieser Variante einheitlich, sofern nicht die jetzige Regierungsform bevorzugt wird. Bei den unzufriedenen SP-WählerInnen sind zwei Drittel für dieses Modell.

Drittens wird schliesslich ein Ersatz der SVP durch die Liberalen favorisiert. Damit würde am wenigsten an der bisherigen Ausrichtung der Regierungszusammensetzung auf bundesstaatlicher Ebene geändert, aber zwischen der Rolle der Regierungs- bzw. Oppositionspartei der SVP eine Klärung vollzogen. Vor allem im bürgerlichen Zentrumslager ist dies die am meisten unterstützte Reformversion. Sie ist allerdings auch hier mit rund 40 Prozent Support nicht mehrheitsfähig. Rund 20 Prozent möchten eher eine Regierung ohne die SP; jeder Zehnte würde am liebsten die SVP durch die Grünen ersetzt sehen. Relativ viele Wählende von FDP und CVP sind unschlüssig, was sie eigentlich als Alternative zum jetzigen Bundesrat bevorzugen würden.

### **3. Ausblick auf die kommende Legislatur**

Was haben die Wahlen 1995 für die Parteien bzw. die Parteienlandschaft der Schweiz gebracht? - Der vorliegende Bericht ging von der These der Tripolarisierung der Wählerschaft bzw. des Parteiensystems aus. Diese soll in der Folge mit Blick auf ihren Gehalt kurz diskutiert und auf mögliche Konsequenzen hin überprüft werden.

#### **3.1. Fazit zur Tripolarisierung**

Den empirischen Hintergrund für die These der Tripolarisierung sehen wir in der rasch wachsenden Nachfrage nach klaren Antworten auf die zentralen Herausforderungen in unserer Gesellschaft. Vorbei ist die Zeit des Strebens in die Mitte bzw. des Buhlens um den Flugsand, der vom Zentrum aus einmal vorsichtig in die eine oder andere Richtung weht. Überholt erscheint aber auch die rein verbale Abgrenzung in Sachfragen. Vor allem was das allgemeine Verhältnis zu den Parteien angeht, zeichnet sich der klare Wunsch nach inhaltlicher Profilierung ab, verbunden mit dem Anspruch, die eigene politische Macht zu nutzen. Gut zu diesem Hauptbefund bezüglich der Stimmungslage in der Wählerschaft passt, dass bei den Parteien, die 1995 zulegen konnten, die programmatische oder thematische Identifikation höher bewertet wurden als etwa der reine Personenbezug. Neueinbindungen finden demnach dort statt, wo weltanschaulich, themen- und stimmungsmässig eindeutig sicht- und abgrenzbare Verhältnisse geschaffen worden sind.

Aus der Sicht der Parteien heisst Tripolarität ganz spezifisch, dass jene Gruppierungen erfolgreich sind bzw. sein werden, die sich als führende Kraft in einem der zentralen Lager etablieren können. Je besser dies einer Partei gelingt, umso wahrscheinlicher ist es, dass sie sich stimmenmässig nochmals verbessern kann, weil im gegenwärtigen Prozess der Reorientierung die eigentlichen Kraftzentren klar hervortreten.

Vorerst haben die SPS und die SVP nicht nur die Tripolarisierung des Parteiensystems eingeleitet und gefördert. Sie waren 1995 nicht zuletzt deshalb die Sieger der Wahl, weil sie sich in der neuen Logik der schweizerischen Parteienlandschaft inhaltlich und kommunikativ besser zu bewegen gelernt haben als ihre Regierungspartner, die nunmehr den dritten Pol in der neuen politischen Symmetrie verkörpern.

Trotz der Veränderungen, die in Richtung Tripolarität weisen, darf indessen nicht übersehen werden, dass alle Parteien - also auch die "Gewinner" - dennoch Minderheiten bleiben und damit ein wesentliches wenn nicht das zentrale Element der schweizerischen Konkordanzdemokratie seine systembildende Funktion beibehalten wird: Der Einfluss der Parteien wird auch unter polarisierteren Verhältnissen davon abhängen, in welchem Masse sie kompromiss- bzw. koalitionsfähig sein werden.

Zunächst ist zu erwarten, dass beide gestärkten Flügel des Regierungslagers in erster Linie selbstbewusster auftreten und Politik betreiben werden. Der Sieg hat sie nicht nur jeweils in ihrem Sinne bestätigt, er wird sie auch beflügeln und damit auch die aufkommende Tendenz einer Reideologisierung der Parteien verstärken. Die Hoffnung auf

ein weiteres Wachstum und damit die Chance, grundlegendere Veränderungen einleiten zu können, wird sie weiterhin unter Druck setzen.

Das selbstbewusstere Handeln wird aber auch den Vorteil haben, dass sich die gestärkten Pole des Regierungslagers unabhängiger bewegen werden. Das Schielen auf die wachsende Konkurrenz im eigenen Umfeld, die sich in den letzten 12 Jahren in Form von Kleinparteien formiert hat, die stets beweglicher, kompromissloser und damit auch wirkungsvoller agieren konnten, scheint ein Ende gefunden zu haben.

Vor allem der wachsende Wunsch der Aussenseiter, nach jahrelangem Kampf, dauernder Kritik oder inhaltlicher Konzeptarbeit auch regierungsfähig zu werden, hat ihnen den elektoralen Schwung genommen. So wie es die Etablierten in den 80er Jahren schwer hatten, sich als Trendsetter, Oppositionsparteien oder gar Erneuerungskräfte zu profilieren, ringen heute sowohl die Grünen als auch die Rechten mit ihrer Legitimation. Mittlerweile sind sie zu stark in das System integriert, um noch als unverbrauchte Herausforderer gelten zu können und ihre einstmals erfrischende Kompromisslosigkeit wurde durch den Willen zum (Mit-)Regieren aufgesaugt.

### **3.2. Mögliche Entwicklungen im rot-grünen Lager**

In dieser veränderten Ausgangslage ist die SPS wenigstens für die nahe Zukunft insofern im Vorteil, als sie weiterhin eine national breit abgestützte Partei ist, die keine sprachregionalen Begrenzungen kennt. Positiv dürfte sich darüberhinaus auswirken, dass sie ihr Verhältnis zu ihren Exekutivmitgliedern weitgehend geklärt hat bzw. sich über die neuen VertreterInnen immer mehr mit der bestehenden Regierungsformel angefreundet hat. Weitere Wachstumspotentiale ergeben sich für die SPS vor allem durch die anhaltende Schwäche des Landesrings, der auf eine Bewegung im Grossraum Zürich zurückgestuft wurde. Aber auch die Grünen dürften sich angesichts der Misserfolge bei den jüngsten Parlamentswahlen auf kantonaler und nationaler Ebene in eine Phase der inneren Klärung begeben, was ihre Anziehungskraft mittelfristig kaum erhöhen wird. Vor allem bei jenen WählerInnen, die sich nur noch mit rot-grün, nicht mehr aber mit einer bestimmten Partei identifizieren, dürfte damit die sozialdemokratische Politik wieder an Bedeutung gewinnen.

Die Ergebnisse der Wahlen lassen es jedoch als möglich erscheinen, dass sich erneut eine Fraktion links der SPS etabliert, um diese aus der Opposition heraus unter Druck zu setzen, wenn sich die SPS zu stark mit der Regierungsverantwortung in der Konkordanz identifiziert. Ob sich aus dem Konglomerat ehemals kommunistischer Parteien, feministischer, alternativer oder auch radikalreformistischer Strömungen aber eine stabile Partei herausbilden kann, erscheint angesichts der inhaltlichen und personellen Unterschiede wenigstens kurzfristig als wenig wahrscheinlich.

### **3.3. Mögliche Entwicklungen im national-konservativen Lager**

Der zweite Sieger der Wahl 1995 hat ein anderes drängenderes Problem. Die SVP mutiert immer mehr zu einer rein deutschschweizerischen Partei, die sich gerade von

der Rechten in der Romandie immer mehr entfernt, je mehr sie sich am typisch alemanisch geprägten National-Konservatismus ausrichtet. Auf der Ebene der Parlamentsvertretung ist der Schritt mit den Wahlen 1995 bereits vollzogen worden. Vor allem angesichts des zu erwartenden, verstärkt politisch-kulturell geprägten Isolationismus ist damit zu rechnen, dass sich das WählerInnen-Potential ausserhalb der deutschsprachigen Schweiz weiterhin verkleinern wird. Insbesondere wenn der sich abzeichnende politische Konflikt zusätzlich sprachregional polarisierende Elemente bekommen sollte, dürfte die Regierungsfähigkeit der SVP leiden.

Ein weiteres Problem für die SVP besteht darin, dass der aus den Wahlen 1995 gestärkt hervorgetretene Kurs der Zürcher Kantonalpartei zwar die Fraktionsarbeit bestimmen, nicht aber in der Regierung direkt repräsentiert sein wird. Solange die Kantonsklausel gilt und der Zürcher Sitz durch einen sozialdemokratischen Vertreter besetzt wird, dürfte der Kerntrupp der erneuerten SVP wenig Chancen haben, selber im Bundesrat Einzug zu halten. Deshalb ist damit zu rechnen, dass diese aufstrebende Gruppe die jetzige Regierungsweise weiterhin mit kritischer Aufmerksamkeit verfolgen wird bzw. die parteiinternen Spannungen bestehen bleiben werden.

Auch für die SVP wird es ein Vorteil sein, dass sie gegenüber ihrer unmittelbarsten Konkurrenz neuerdings aus der Position der Stärke auftreten kann. In thematischer Hinsicht können sich weder die Schweizer Demokraten noch die Freiheitspartei eigenständig profilieren. Mehr noch gilt dieser Verdrängungsprozess auf der Ebene der zentralen Personen, welche die Partei repräsentieren. Keiner kann dem Dominator der letzten Jahre im sich formierenden national-konservativen Lager die Stirn bieten.

Wachstumspotentiale ergeben sich für die SVP in verschiedenster Perspektive dort, wo ehemals treue CVP- oder FDP-WählerInnen sich enttäuscht von ihren Parteien abwenden und zu AnhängerInnen der neuen SVP werden. Dies ist zum einen bei Personen aus oberen Einkommenschichten der Fall und paradoxerweise zum anderen bei den Bevölkerungsgruppen, die zu den sog. Modernisierungsverlierern gezählt werden und die eine Möglichkeit zur Reorientierung auf der Werteebene suchen (dazu gehören Rentner, Bauern und andere tendenziell marginalisierte Gruppen). Namentlich dort, wo es der SVP mit den jüngsten Wahlen gelang, der heutigen Zeit kaum mehr angepasste Regionalparteien, die weitgehend hegemonial auftreten, offen zu konkurrenzieren, dürfte auch zukünftig parteipolitische Bewegung nicht ausbleiben.

### **3.4. Mögliche Entwicklungen im Zentrumslager**

Die grössten Schwierigkeiten im tripolaren Parteiensystem ergeben sich gegenwärtig für das Zentrum. Dies nicht nur, weil es sitzmässig stagniert und der WählerInnenanteil sogar rückläufig ist, sondern in erster Linie, weil die parteipolitischen Gemeinsamkeiten der beiden ältesten Regierungsparteien von diesen nicht im Sinne einer einheitlichen Perspektive zusammengefasst werden. Das Potential dieses Lagers bleibt in verschiedenen Parteien eingebunden, sodass sie quantitativ nach wie vor die grösste Gruppe darstellen, politisch aber nicht mehr in angemessener Weise agieren können.

Immerhin haben die jüngsten Wahlen das Ungleichgewicht zwischen der FDP und CVP tendenziell verstärkt. Die FDP ist wenigstens numerisch gesehen die wichtigere Partei im Zentrum geworden. Dennoch dürfte es ihr nur bedingt gelingen, ihre ehemals struk-

turierend wirkende Kraft als staatstragende Partei und ihre hegemoniale Stellung sowohl in Sach- als auch in Regierungsfragen zurückzugewinnen. Zu labil erweisen sich die Verhältnisse in der gegenwärtigen Situation; zu unsicher sind die Mehrheiten, wie die überraschende Entscheidung der Delegiertenversammlung vom April 1995 in der Europa-Frage, oder der Fraktionsentscheid in Sachen Zauberformel dokumentiert.

Gerade wegen der gegenwärtigen Schwäche des Zentrums ist zu erwarten, dass die Koalitionsfragen in der kommenden Legislatur ein Dauerthema sein werden, wobei die beiden anderen Pole aus ihrer gestärkten Position den Entscheidungsdruck im Zentrum noch erhöhen werden.

Unter dem Primat der Europa-Politik erscheint am wahrscheinlichsten, dass die SPS und die FDP die Themenführerschaft im Rahmen eines gemeinsam getragenen Kurses übernehmen werden. Damit setzen sie einerseits die CVP unter Zugzwang, während es andererseits gleichzeitig unumgänglich sein wird, von der SVP als viertem Regierungspartner, klärende Weichenstellungen zu verlangen. Eine Schwerpunktbildung innerhalb der Regierung und des Parlaments in Richtung Mitte/Links erscheint unter dieser Bedingung am denkbarsten.

Wenn dagegen in der kommenden Legislatur die Innenpolitik dominieren sollte, ist etwa im Umfeld der Fragen um die Bundesfinanzpolitik zu erwarten, dass die FDP mit der SVP ein Bündnis suchen wird und damit auch in diesem Bereich die CVP zu einer Reorientierung gezwungen sein wird. Die klare Akzentuierung nach rechts wird indes auf einen Konflikt mit der Sozialdemokratie hinauslaufen.

Da beide Szenarien entweder den einen oder den anderen der beiden Wahlsieger von 1995 zu provozieren, ist wenigstens kurzfristig nicht damit zu rechnen, dass sich die gegenwärtige Tripolarität rasch wieder auf eine bipolare Situation reduzieren wird. Denkbar ist deshalb nicht zuletzt, dass das Zentrum versuchen wird, in zentralen Fragen fallorientierte Bündnisse einzugehen und diese seinerseits durch eine gefestigte Zusammenarbeit zwischen den Zentrumsparteien zu stabilisieren. Das Resultat könnte eine gestärkte programmatische Kooperation innerhalb des Zentrums sein, die - vom Druck der Wahlen zur Profilierung befreit - sogar in eine Fraktionsgemeinschaft münden könnte.

### **3.5. Eine denkbare Signifikanz der Wahlen '99**

In den letzten 20 Jahren hat die CVP ihren Vorsprung auf die SVP, der mehr als 10 Prozentpunkte betrug, fast gänzlich verloren. Vor allem seit 1987 beschleunigen sich die zentrifugalen Tendenzen in der Wähleransprache der beiden Parteien.

**Tabelle 23:  
Entwicklung der Parteistärken von CVP und SVP im Vergleich (1975-1995)**

<i>Partei</i> <i>Angaben in Spaltenprozent</i>	<i>1999</i>	<i>1995</i>	<i>1991</i>	<i>1987</i>	<i>1983</i>	<i>1979</i>	<i>1975</i>
CVP	?	17,0	18,3	19,7	20,2	21,5	20,6
SVP	?	14,9	11,9	11,0	11,1	11,6	9,9
Differenz	?	+ 2,1	+ 6,4	+ 8,7	+ 9,1	+ 9,9	+10,7

Quelle: BfS, offizielle Wahlstatistiken

Sollte sich dieser Trend fortsetzen, ist damit zu rechnen, dass die SVP bei den Wahlen im Jahr 1999 wenigstens im Nationalrat stärker sein wird als die CVP-Deputation. Ab diesem Moment dürfte sich die Diskussion um die "Zauberformel" bzw. die politische und institutionelle Ausrichtung der Landesregierung rasch einstellen - womit die Signifikanz der Wahlen '99 gegeben ist.

*Bis dann!*

# Anhang 1: Kurzbeschreibung der verwendeten Instrumente

## A1.1. SRG-Wahl-Nachbefragung

<i>Zielsetzung:</i>	Nachanalyse des Wahlverhaltens (Teilnahme, Listen- und Personenwahl) sowie ausgewählter Haltungen zu den Parteien und zum Bundesrat
<i>Methode:</i>	Bevölkerungsbefragung
<i>Auftraggeber:</i>	SRG-Forschungsdienst (Projektleitung: Markus Jedele)
<i>Konzeption:</i>	GfS-Forschungsinstitut (Projektleitung: C. Longchamp)
<i>Feldarbeit:</i>	Link AG (Projektleitung: B. Demarmels)
<i>Grundgesamtheit:</i>	Wahlberechtigte Schweizer Bevölkerung
<i>Stichprobenart:</i>	Sprachregional geschichtete Zufallsstichprobe für die Orts- und Haushaltsauswahl; Kontrollquoten (Geschlecht, Alter und Erwerbstätigkeit) für die Personenauswahl
<i>Stichprobengrösse:</i>	1032 (511 deutschsprachige Schweiz; 312 französischsprachige Schweiz; 209 italienischsprachige Schweiz); sprachregionale Gewichtung bei Auswertung auf die Gesamtheit
<i>Befragungsart:</i>	Computergestützte Telefoninterviews; mündliche Instruktion und direkte Supervision
<i>Befragungszeit:</i>	22. Oktober 1995 (13 Uhr bis 19 Uhr)
<i>Vertrauensintervall:</i>	+/- 3 Prozentpunkte

## A1.2. Medien-Inhaltsanalyse

<i>Zielsetzung:</i>	Analyse der politischen Berichterstattung in den Massenmedien sowie der Bedeutung ausgewählter Akteure wie der Parteien
<i>Methode:</i>	Tägliche Inhaltsanalyse der Printmedien
<i>Konzeption:</i>	Claude Longchamp, Politikwissenschaftler
<i>Sachbearbeitung:</i>	Andreas Rickenbacher
<i>Erhebungsraster:</i>	Einheitliches Raster zu Themen, Behandlung von Standpunkten bzw. Positionen des Bundesrats, der Parteien und einzelner Personen als Themen der printmedialen Berichterstattung

<i>Grundgesamtheit:</i>	Printmedien
<i>Stichprobe:</i>	Front- und politische Leitseiten in 7 Tages- und Wochenzeitungen, ausgewählt nach typologischen Gesichtspunkten
<i>Auswertung:</i>	quantitative und qualitative Auswertung im Zeitvergleich
<i>Status:</i>	Eigenprojekt des GfS-Forschungsinstituts, abonnierbar

### **A1.3. GfS-Parteien-Barometer**

<i>Zielsetzung:</i>	Umfassende Datenbank mit allen Befragungsergebnissen zu Parteien in der Schweiz
<i>Methode:</i>	Kumulierter Datensatz aus Bevölkerungsbefragungen
<i>Konzeption:</i>	GfS-Forschungsinstitut (Projektleitung: C. Longchamp)
<i>Sachbearbeitung:</i>	Peter Kraut, Politikwissenschaftler
<i>Grundgesamtheit:</i>	Stimm- und wahlberechtigte Schweizer Bevölkerung
<i>Stichprobenart:</i>	Sprachregional geschichtete Zufallsstichprobe für die Orts- und Haushaltsauswahl; Kontrollquoten (Geschlecht, Alter und Erwerbstätigkeit) für die Personenauswahl
<i>Stichprobengrösse:</i>	zirka 10'000 Interviews pro Jahr
<i>Befragungszeit:</i>	Beginn: 1. Januar 1994; fortlaufend; beliebige Zeitausschnitte möglich
<i>Vertrauensintervall:</i>	je nach Stichprobengrösse unter 1 Prozentpunkte
<i>Status:</i>	Eigenprojekt des GfS-Forschungsinstituts

## Anhang 2: Literaturverzeichnisse

### A2.1. Verwendete Unterlagen

- Bundesamt für Statistik: Der lange Weg ins Parlament. Die Frauen bei den Nationalratswahlen von 1971 bis 1991, Bern 1994
- Bundesamt für Statistik: Nationalratswahlen 1991. Der Wandel der Parteilandschaften seit 1991, Bern 1991
- Bundesamt für Statistik: Nationalratswahlen 1991. Übersicht und Analyse. Anhang: Ständeratswahlen 1990/91, Bern 1993
- Bürklin, W., Roth, D. (Hg.): Das Superwahljahr. Deutschland vor unkalkulierbaren Regierungsmehrheiten?, Köln 1994
- Forschungszentrum für schweizerische Politik: Statistisches Handbuch zu den National- und Ständeratswahlen 1991 (=Materialien zur schweizerischen Politik, Nr. 2), Bern 1991
- Geser, H.; Ladner, A.; Schaller, R.; Ballmer-Cao, T.-H.: Die Schweizer Lokalparteien, Zürich 1994
- Hartmann, H., Horvath, F.: Zivilgesellschaft von rechts. Die unheimliche Erfolgsstory der Zürcher SVP, Zürich 1995
- Hertig, H.-P.: Analyse der Nationalratswahlen 1979, hgg. von der GfS und der Univ. Bern, VOX-Sondernummer, Zürich 1980
- Holtz-Bacha, C.; Kaid, L.L. (Hg.): Die Massenmedien im Wahlkampf. Untersuchungen aus dem Wahljahr 1990, Opladen 1993
- Jäckel, M.; Winterhoff-Spurk, P. (Hg.): Politik und Medien, Berlin 1994
- Longchamp, C.: "Die politische Instabilität als Kennzeichen des heutigen Wahlverhaltens", in: Schweiz. Jahrbuch für politische Wissenschaft, 27 (1987)
- Longchamp, C.: "Möglichkeiten und Grenzen des politischen Marketings bei Wahlen und Abstimmungen in der Schweiz", in: Schweiz. Jahrbuch für politische Wissenschaft, 30 (1990)
- Longchamp, C.: Analyse der Nationalratswahlen 1983, hgg. von GfS/FSP, VOX-Sondernummer, Zürich 1984
- Longchamp, C.: Analyse der Nationalratswahlen 1987, hgg. von GfS/FSP, VOX-Sondernummer, Zürich 1988
- Longchamp, C.; Hardmeier, S.: Analyse der Nationalratswahlen 1991, hgg. von GfS/FSP, VOX-Sondernummer, Zürich 1992
- Longchamp, C.; Kraut, P.; Raymann, U.: Unterstützung von Bundesrat und Verwaltung. Wandlungen im Verhältnis von Bürgerschaft und Regierung in der Mitte der 90er Jahre als Herausforderungen an eine offene Staatstätigkeit, Bern 1994
- Maarek, P.: Political Marketing and Communication, London 1995
- Merten, K., Schmidt, S.J., Weischenberg, S. (Hg.): Die Wirklichkeit der Medien. Eine Einführung in die Kommunikationswissenschaft, Opladen 1994

- Müller, W.C.; Plasser, F.; Ulram, P.A.: Wählerverhalten und Parteienwettbewerb. Analysen zur Nationalratswahl 1994 (= Schriftenreihe des Zentrum für angewandte Politikforschung, Band 8), Wien 1995
- Noelle-Neumann, E.: "Wirkung der Massenmedien", in: Fischer Lexikon Publizistik-Massenkommunikation, hgg. von Noelle-Neumann, E.; Schulz, W. und Wilke, J., Frankfurt am Main 1991
- Pfetsch, B.: "Themenkarrieren und politische Kommunikation", in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 39 (1994)
- Plasser, F.: Parteien unter Stress. Zur Dynamik der Parteiensysteme in Österreich, der Bundesrepublik Deutschland und den Vereinigten Staaten, Wien/Köln, Graz 1987
- Rickenbacher, I.: Politische Kommunikation, Bern/Stuttgart/Wien 1995
- Schloeth, D., Klöti, U.: "Mehrheitliches Misstrauen. Wie die traditionellen Parteien um die Gunst des Volkes buhlen - und dennoch zunehmend an Einfluss verlieren", in: NZZ-Folio, Die Zeitschrift der Neuen Zürcher Zeitung, Nr. 10, Oktober 1995
- Schmitt-Beck, R.; Pfetsch, B.: "Politische Akteure und die Medien der Massenkommunikation. Zur Generierung von Öffentlichkeit in Wahlkämpfen", in: Neidhart, F. (Hg.): Öffentlichkeit, öffentliche Meinung, soziale Bewegung, Opladen 1994
- Schweizerische Politik im Jahre ..., hgg. vom Forschungszentrum für schweizerische Politik an der Universität Bern, Bern 1966 ff.
- sda/SRG: Eidgenössische Wahlen 1995. Dokumentation, Bern 1995
- Spichiger-Carlsson, P.: Die Wirkung vermehrter Information auf das Wählerverhalten, Diss. Zürich 1988
- Trechsel, A.H.: Clivages en Suisse. Analyse des impacts relatifs des clivages sur l'électorat suisse lors des élections fédérales, (= Etudes et recherches, No 31), Genève 1995
- Wahlkampfbeobachtung, hgg. vom Institut für Konfliktforschung, Wien 1995
- Western European Political Parties. A Comprehensive Guide, ed. by Francis Jacobs, Essex 1989

## **A2.2. Weitere Unterlagen des GfS-Forschungsinstituts zu den Nationalratswahlen 1995**

### *a) Forschungsberichte*

- GfS-Forschungsinstitut: Die Aufkündigung des Regierungsvertrauens als Motor des WählerInnen-Verhaltens. Hauptergebnisse des Parteien-Barometers im Frühling 1994, Bern 1994
- Longchamp, C.: Probleme und Profile. Das Wahl-Barometer des GfS-Forschungsinstituts, erstellt im Auftrag der Sonntagszeitung (Hauptergebnisse der Ausgabe Oktober 1994), GfS-Forschungsinstitut, Bern Oktober 1994
- Longchamp, C.; Kraut, P.; Rickenbacher, A.: Durch neue Strategien zum Wahlerfolg. Grundlagen-Studie zur Kampagne '95 der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz, Bern Januar 1995
- Longchamp, C.; Kraut, P.: Das GfS-Wahl-Barometer sechs Monate vor den Nationalratswahlen 1995, erstellt für die Sonntagszeitung, GfS-Forschungsinstitut, Bern April 1995
- Longchamp, C.; Kraut, P.: Auf dem Weg zu einer Parlamentsverdrossenheit. Studie erstellt im Auftrag der Chefredaktion von "Das Magazin", GfS-Forschungsinstitut, Bern Juli 1995

Longchamp, C.; Kraut, P.; Rickenbacher, A.: Die Europa-Frage im Vorfeld der Wahlen 1995. Sonderbericht zur Sommerwelle 1995 des Europa-Barometers Schweiz, GfS-Forschungsinstitut, Bern August 1995

Longchamp, C.; Kraut, P.: Für mehr Toleranz in der Differenz. Schlussbericht der Studie "Jugend und politische Forderungen" zuhanden der Redaktion "Ernst", GfS-Forschungsinstitut, Bern September 1995

#### *b) Ausführliche Referate*

Longchamp, C.: Die CVP vor der Wende? Eine Strukturanalyse der CVP-Anhängerschaft vor den Wahlen 1995, Referat zur Klausurtagung auf dem Bürgenstock der CVP Schweiz, Bern 1995

Longchamp, C.: Die Schweiz und ihre Parteien vor den Wahlen 1995. Referat für den Auslandschweizer-Kongress vom 25./26. August in Bern, GfS-Forschungsinstitut, Bern 1995

Longchamp, C.: Wie gehen die Medien mit den Wahlen um? Ein Vergleich der Medien- und Bevölkerungsthemen 1995. Unterlage für die Tagung "Wahlkampf 1995" des Berner Fördervereins für Medienwissenschaft, Bern, 30. Juni 1995

Longchamp, C.: Wahlkampf '95. Entwicklung von Medien- und Bevölkerungsthemen. Unterlage für die Tagung "Wahlkampf-Mechanik" der Berner PR-Gesellschaft, 13. September 1995, GfS-Forschungsinstitut, Bern 1995

#### *c) Ausführliche Artikel*

Longchamp, C.: "Die politische Macht gehört ins Parlament", in: Der Brückenbauer, 19.10.1995

Longchamp, C.: "Die Herausforderungen der neuen Legislatur" (erscheint in: "Der Monat", hgg. vom Schweiz. Bankverein, November 1995)

Longchamp, C.: Die mobiler gewordene Wählerschaft. Kennzeichen, Ursachen und Konsequenzen der aktuellen politischen Mobilität, GfS-Forschungsinstitut, Bern 1994

Longchamp, C.; Kraut, P.: "Jugend und Politik Mitte der 90er Jahren" (erscheint demnächst in "inside", hgg. von der TA-Media AG, Zürich 1995)

#### *d) Dossiers*

Huth, P.; Rickenbacher, A.: Wahlen '95. Dokumentation zur Ausgangslage in den Kantonen respektive bei den Parteien, GfS-Forschungsinstitut, Bern 1995

Parteien vor der Wahl. Wahldossier der Basler Zeitung (gemeinsam mit Herbert Fischer), Sonderdruck Basler Zeitung, Basel 1995

Schweizer Politik: Wer hängt an wem in unserer halbdirekten Demokratie? Dossier Tages-Anzeiger, Zürich 1995

Wahldossier 95, hgg. von der Sonntagszeitung, Sonderdruck einer Serie über die Parteien in der Schweiz, Tages-Anzeiger Verlag, Zürich 1995

GfS-Forschungsinstitut: Mehr Linke, Frauen und Öffnungswillige als sonstwo. Zur SP-Anhängerschaft in Basel-Stadt, Bern 1995

GfS-Forschungsinstitut: Radikaler Wandel in Richtung neue Mittelschichten. Zur SP-Anhängerschaft im Kanton Zürich, Bern 1995

GfS-Forschungsinstitut: Wahlprognosen in der Schweiz. Unterlage für das Weiterbildungsseminar für Privatrado-JournalistInnen der Wf, Zürich, 22. Juni 1995, Bern 1995

GfS-Forschungsinstitut: Probleme mit Wahlumfragen in der Schweiz. Unterlage für die Wf-LehrerInnen-Dokumentation zu den Nationalratswahlen, Bern 1995

GfS-Forschungsinstitut: Zur Beliebigkeit der Wirkungen von Listenverbindungen. Unterlage für den Schulungskurs von SF-DRS, Zürich, 4. Oktober 1995

## Anhang 3: Das Forschungsteam

### *Claude Longchamp (38)*

Politikwissenschaftler, Studium an den Universitäten Bern und Zürich, 1989-1992 Lehrbeauftragter für Politikwissenschaft an der Universität Bern, Gründer des Berner Büros des GfS-Forschungsinstituts, seit 1994 Direktor und Co-Leiter des Instituts, regelmässiger Wahl- und Abstimmungsanalytiker für Radio und Fernsehen DRS; Spezialgebiete: Abstimmungen und Wahlen, politische Kommunikation, politische Kultur

### *Petra Huth (26)*

Politikwissenschaftlerin, Studium an der Universität Frankfurt, seit 1995 Projektleiterin am GfS-Forschungsinstitut, Spezialgebiete: Europäische Integration, Staatstheorie

### *Andreas Rickenbacher (27)*

steht kurz vor dem Abschluss seines Studiums in Betriebswirtschaft und Politologie, arbeitet seit 1992 als Projektassistent am GfS-Forschungsinstitut; Schwerpunkt: Medien-Inhaltsanalysen, Wahlkämpfe

### *Peter Kraut (30)*

Politikwissenschaftler, Studium an der Universität Bern, arbeitet seit 1993 als Projektassistent am GfS-Forschungsinstitut; Schwerpunkt: statistische Datenanalysen; Datenbanken

### *Andreas Sommer (28)*

Betriebsökonom HWV, arbeitet seit 1995 als Administrator am GfS-Forschungsinstitut

**Tabelle 4:**  
**Intensität der Parteipräsenz auf den Leitseiten der Printmedien 1995**

Partei	Intensität (Angaben in Spaltenprozent)										
	Total 1995	Jan.	Feb.	März	Apr.	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.
SPS	11,8	6,4	1,4	4,7	9,3	6,8	4,5	7,8	7,7	42,4	15,2
FDP	9,1	12,8	1,4	1,3	11,1	6,8	5,1	2,6	8,3	23,0	15,2
SVP	8,0	8,0	2,1	1,3	9,3	7,5	6,4	5,2	11,8	12,8	16,2
CVP	6,8	4,0	1,4	1,3	12,0	4,8	3,8	3,5	7,1	15,7	13,1
Grüne	1,5	0,8	0,7	0,7	3,7	1,4	0,0	2,6	0,6	2,5	4,0
Lega	1,3	1,6	2,1	0,7	2,8	0,0	3,2	0,0	1,2	0,0	3,0
FPS	1,3	1,6	0,0	0,0	0,0	0,0	0,6	0,9	0,6	3,5	6,1
SD	1,0	0,8	0,0	0,0	0,9	0,0	0,0	0,9	1,8	1,0	5,1
LPS	0,7	0,8	0,7	0,0	0,0	2,1	0,0	0,9	0,6	1,0	1,0
LdU	0,6	0,8	0,0	0,7	1,9	0,0	0,0	0,9	0,6	0,5	1,0
EVP	0,4	0,8	0,7	0,0	0,0	0,0	0,0	0,9	0,0	0,5	1,0
EDU	0,2	0,8	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,6	0,0	1,0
PdA	0,3	0,8	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,6	0,0	2,0
FraP	0,2	0,8	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,6	0,0	1,0

Bemerkung: Die Differenz zu 100 % in jeder Spalte ergibt sich aufgrund der politischen Artikel, die gar keine Partei zum Thema hatten.  
Quelle: GfS, Medien-Inhaltsanalyse (1995)

**Tabelle 5:**  
**Bewertung der Parteipräsenz auf den Leitseiten der Printmedien 1995**

Partei (nur Parteien mit 1 % In- tensität)	Bewertung Hauptphase Sept./Okt.				1995 Total		+/-		Indi- ces
	Index	pos.	neutr.	neg.	Index	pos.	neutr.	neg.	
SPS	+ 05	11	83	06	- 04	12	73	16	+ 09
CVP	- 12	04	80	16	- 21	02	73	24	+ 09
Grüne	- 11	00	89	11	- 36	00	64	36	+ 25
FDP	- 16	03	77	19	- 17	04	75	21	+ 01
SVP	- 24	00	76	24	- 33	04	58	38	+ 09
Lega	- 67	00	33	67	- 37	11	42	47	- 30
FPS	- 62	00	38	62	- 44	06	44	50	- 18
SD	- 57	00	43	57	- 46	00	54	46	- 11

Quelle: GfS, Medien-Inhaltsanalyse (1995)

**Tabelle 6:  
Intensität der Themenpräsenz auf den Leitseiten der Printmedien 1995**

Partei	Intensität (Angaben in Spaltenprozent)										
	Total 1995	Jan.	Feb.	März	Apr.	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.
Europa	10,9	9,6	7,5	14,0	18,5	8,9	7,7	12,2	13,6	11,8	5,1
Neat/Verkehr	8,6	6,4	0,0	10,0	11,1	14,4	6,4	11,3	13,0	4,9	11,1
AHV/Soziales	7,4	6,4	2,8	3,4	19,4	6,8	18,6	7,0	6,5	2,5	3,0
Wirtschaft/A'losigk.	6,1	3,2	5,4	4,7	0,9	9,5	10,9	5,2	8,4	5,4	3,0
Ueberfremdung	5,4	7,2	2,1	1,3	1,9	4,8	5,1	13,9	11,2	2,0	7,1
Militär	4,6	0,0	0,0	5,3	9,3	4,8	7,1	2,6	2,4	3,9	13,1
Umwelt	3,7	0,8	2,1	4,0	6,5	6,8	8,3	1,7	2,4	2,5	1,0
Drogen	3,4	4,8	0,7	7,3	0,9	6,8	3,8	3,5	1,8	2,9	1,0
Staatsreform	3,4	4,0	1,4	6,6	0,9	4,8	6,4	3,5	1,8	1,0	5,1
Landwirtschaft	3,3	4,0	0,0	11,3	1,9	2,1	3,2	5,2	0,6	1,5	5,1
Gleichstellung	2,7	0,8	3,4	3,3	2,8	3,4	1,3	1,7	1,8	4,4	4,0
Bundesfinanzen	2,4	10,4	5,5	2,0	0,0	0,7	0,0	2,6	1,2	3,0	1,0

*Bemerkung:* Die Differenz zu 100 % in jeder Spalte ergibt sich aufgrund der politischen Artikel, die gar keine Partei zum Thema hatten. Bei der Auswertung zum Oktober handelt es um eine Auswertung vom 1. bis 21. des Monats.

*Quelle:* GfS, Medien-Inhaltsanalyse (1995)

**Tabelle 7:  
Prioritäten bei den Problemwahrnehmungen nach Wählerschaften (Okt. 1995)**

Rang	Total	Grüne	SPS	CVP	FDP	SVP	FPS	Keine
1. Priorität	Wirtschaft	Europa	Wirtschaft	Wirtschaft	Wirtschaft	Finanzen	Finanzen	Finanzen
2. Priorität	Finanzen	Umwelt	Finanzen	Finanzen	Finanzen	Europa	Ueberfremd.	Wirtschaft
3. Priorität	Europa	Finanzen	Europa	Drogen	Europa	Ueberfremd.	Wirtschaft	Staatsreform

*Quelle:* SRG-Wahlnachbefragung (22.10.1995)